

Für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Westmecklenburg 2025

Wirtschaftspolitische Grundsatzpositionen 2016
der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin



	VORWORT	2
1	MANAGEMENT SUMMARY	4
2	VERANTWORTUNG WIRTSCHAFT UND POLITIK	6
3	STANDORT WESTMECKLENBURG	8
4	UNTERNEHMEN UND BRANCHEN	10
5	BILDUNGSPOLITIK	12
6	ARBEITSMARKT UND FACHKRÄFTE	14
7	TECHNOLOGIE UND INNOVATION	16
8	AUSSENWIRTSCHAFT UND EXPORTE	18
9	ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK	20
10	MOBILITÄT UND INFRASTRUKTUR	22
11	RECHT UND VERWALTUNG, STEUERN UND FINANZPOLITIK	25

VORWORT



Hans Thon
Präsident der
IHK zu Schwerin



Siegbert Eisenach
Hauptgeschäftsführer
der IHK zu Schwerin



Westmecklenburg gemeinsam voranbringen!

Mit den Wirtschaftspolitischen Grundsatzpositionen 2016 legt die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin das Fundament ihrer Arbeit für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Westmecklenburg. Seit über 25 Jahren begleitet die IHK zu Schwerin die wirtschaftlichen Prozesse in der Region als Dienstleister für ihre zugehörigen Unternehmen und als Dialogpartner für Politik und Verwaltung. Die wirtschaftliche Stärke Westmecklenburgs hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt. Die rund 25.000 IHK-Unternehmen dieser Region zeichnen sich für einen Großteil der insgesamt 157.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse verantwortlich. Die regionalen Unternehmen – große wie kleine – sind national und international auf den Märkten erfolgreich tätig. Sie bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft und sind die Basis für unseren Wohlstand. Damit die Unternehmen auch für die Zukunft gewappnet sind, bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen, die ihren Bedarfen und Herausforderungen gerecht werden. Das vorliegende Grundsatzpapier zeigt Handlungsempfehlungen auf, die essentiell für den Erhalt und den weiteren Ausbau der Wirtschaftskraft in der Region Westmecklenburg sind.

Wir appellieren an die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung, die wirtschaftliche Zukunft unserer Region aktiv zu gestalten. Chancen und Risiken liegen gleichermaßen vor uns. Diese Chancen aufzugreifen und die Risiken

zu minimieren, ist eine der Hauptaufgaben einer praxisorientierten Wirtschaftspolitik. Wirtschaftliche wie gesellschaftliche Themen werden die Arbeits- und Geschäftsabläufe in den kommenden Jahren bestimmen. Darunter fallen insbesondere die nachhaltige Fachkräfteausbildung und -sicherung, die verstärkte Zuwanderung, der Ausbau der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, die Förderung von Innovationen, die Verbreiterung der gewerblichen Basis, die Sicherstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur, die Erschließung neuer Märkte im In- und Ausland, sowie der Erhalt der Kultur- und Naturräume. Die Unternehmen in der Region Westmecklenburg sind sich dabei ihrer gesellschaftlichen Verantwortung durchaus bewusst. Sie tragen dazu bei, dass sich die hohe Lebensqualität zwischen Boizenburg und Plau am See, sowie zwischen Poel und Dömitz auch weiterhin positiv entwickeln wird.

Die Arbeit der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin ist im Auftrag und im Namen der Unternehmen in Westmecklenburg ein wichtiges Element der politischen Partizipation sowohl auf der Ebene der Kommunen und des Landes, als auch auf der Bundes- und EU-Ebene. Die Wirtschaftspolitischen Grundsatzpositionen 2016 leisten einen wichtigen Beitrag, die wirtschaftliche und soziale Zukunftsfähigkeit der Region Westmecklenburg nachhaltig zu stärken und weiterzuentwickeln.



Hans Thon
Präsident



Siegbert Eisenach
Hauptgeschäftsführer



Die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin ist das Sprachrohr der Wirtschaft in der Region Westmecklenburg. Zu ihren Aufgaben gehört es unter anderem, die anstehenden Herausforderungen und Bedarfe der Unternehmen zu identifizieren und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die Wirtschaftspolitischen Grundsatzpositionen 2016 bilden die Grundlage der IHK-Arbeit der kommenden Jahre. Hierbei bestehen aus Sicht der Wirtschaft in Westmecklenburg folgende Leitlinien:

Wachstum und Wohlstand

Die Soziale Marktwirtschaft ist die leistungsfähige Basis für wirtschaftliches Wachstum und damit auch für unseren Wohlstand. Sie aufrecht zu erhalten, ist die Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der Unternehmen, für attraktive Arbeitsplätze und einer hohen Lebensqualität. Die Unternehmerinnen und Unternehmer in Westmecklenburg sind ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in der Region. Sie sind sich ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verantwortung bewusst und lassen sich in ihrem unternehmerischen Handeln durch das Bild des ehrbaren Kaufmanns leiten. Für ihren langfristigen Erfolg brauchen sie Freiräume ohne bürokratische und finanzielle Hemmnisse. Bestehende und geplante steuerliche Regelungen und Abgaben sollten dazu kritisch auf ihre Praxisnähe geprüft werden. Für diese Prozesse stehen die regionale Wirtschaft und die IHK zu Schwerin den Verwaltungen und der Politik als sachliche Dialogpartner zur Verfügung.

Stärken und Potenziale entwickeln

Die vorhandenen Stärken und Potenziale des Standortes Westmecklenburg langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln, muss ein Hauptziel der Wirtschaftspolitik sein. Die wirtschaftlichen, sozialen und natürlichen Vorteile müssen weiter nach außen getragen werden, um ein positives Gesamtbild Mecklenburg-Vorpommerns als lebenswertes Bundesland in der Außenwahrnehmung zu etablieren. Dazu gehören neben der Vermarktung des Landes als touristisch attraktives Reiseziel auch werbende Maßnahmen, um das Bundesland als innovativen und leistungsfähigen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort darzustellen. Großereignisse in der Metropolregion Hamburg wären beispielsweise eine sehr gute Möglichkeit, sich internationalen Gästen und Investoren zu präsentieren. Die guten Kooperationen der regionalen Zusammenarbeit sollten dazu weiter vertieft werden. Eine enge Stadt-Umland-Beziehung gehört ebenso dazu, wie die Einbindung Westmecklenburgs als Gesamtheit in die Strukturen der Metropolregion Hamburg. Auch darüber hinaus ist die Region ein wichtiger Partner in der nordeuropäischen und baltischen Zusammenarbeit, die es ebenfalls weiter zu intensivieren gilt.

Wirtschaftsfreundliche Bedingungen bieten

Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen bilden die Ausgangslage für die nachhaltige Entwicklung der Unternehmen in Westmecklenburg. Die etablierten Branchen, wie z. B. die Ernährungswirtschaft, der Maschinenbau, die Kunststoffverarbeitung, die Holzindustrie sowie Handel und Tourismus, werden durch zukunftssträchtige Wachstumsbranchen, wie

der Gesundheitswirtschaft, der Informations- und Kommunikationstechnik, der Energiewirtschaft, neuer Produktionstechniken und -materialien, Logistik und Mobilität, begleitet. Die Wertschöpfungsprozesse in der Region konnten in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut werden. Die Potenziale müssen weiter gehoben werden. Vorhandene Kompetenzen sollten gestärkt und neue Wirtschaftsbereiche durch gezielte Neuansiedlungen forciert werden. Die Industrieunternehmen als Kern der Wirtschaftskraft sollten in der Öffentlichkeit auf eine breite Zustimmung treffen. Von ihnen gehen Beschäftigungs- und Wertschöpfungsimpulse aus, die sich positiv auf nachgelagerte Unternehmen und Dienstleistungen auswirken. Eine breite Wirtschaftsbasis unterstützt zudem die weitere Stärkung der Zentren. Die Zentren in Westmecklenburg müssen als multifunktionale und lebendige Wohn- und Arbeitsräume mit hoher Aufenthaltsqualität nachhaltig weiterentwickelt werden. Dazu gehört ebenfalls eine verbesserte Verknüpfung von touristischen Angeboten und Einzelhandelsunternehmen.

Eine qualitativ hochwertige und leistungsorientierte Schul- und Ausbildung ist ein wesentlicher Bestandteil der Standortpolitik und stellt die Weichen für die Zukunftsfähigkeit Westmecklenburgs. Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen mit ihrer Arbeitskraft im erheblichen Maße zum unternehmerischen Erfolg bei und sind die Treiber für Innovationen. Die Anzahl geeigneter Auszubildender und Fachkräfte nimmt immer weiter ab. Umso wichtiger ist es, die Rahmenbedingungen in der Bildungspolitik und in der betrieblichen Ausbildung auf diese Herausforderungen abzustimmen. Die Bildungspolitik muss qualitätsorientiert von der frühkindlichen Bildung bis zum Berufsabschluss ausgerichtet sein. Dabei muss auch die Eigenverantwortung jedes Einzelnen gestärkt und gefordert werden. Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung sollte weiter verbessert werden.

Weiche Standortfaktoren ausbauen

Für die Unternehmen ist es wichtig, dass sie sich zeitnah auf ändernde Marktanforderungen einstellen können. Dafür ist die Sicherung qualifizierter Fachkräfte existenziell. Verbesserte Strukturen zur Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben sind dabei ebenso relevant wie ein Welcome-Center für Neubürger. Zuwanderung ist eine Chance, unbesetzte Stellen zu besetzen. Das Potenzial, das in dem Zustrom an Menschen aus Krisengebieten steckt, ist insbesondere für die langfristige Sicherung der Ausbildung bedeutend. Um wirklich zu integrieren, ist eine gelebte, offene Willkommenskultur unabdingbar.

Bildung und Forschung

Mit jeder qualifizierten Fachkraft in Wirtschaft und Wissenschaft steht für das Land ein leistungsfähiger Kompetenzträger für innovative Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung. Der Forschungs- und Bildungsstandort Mecklenburg-Vorpommern kann hier mit professionell arbeitenden Institutionen punkten. Die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung im Rahmen der Verbundforschung sollte weiter intensiviert werden, auch im Hinblick

auf die Errichtung wirtschaftsnaher Forschungs- und Transferinstitute. Für die Unternehmen sind dabei praxisnahe Förderrichtlinien und eine ausreichende Mittelausstattung der Innovationsfonds Grundlage einer erfolgreichen Arbeit. Steuerliche und administrative Hemmnisse, die dazu führen, dass das Potenzial an neuen Produkten und Dienstleistungen durch die Unternehmen nicht vollständig gehoben werden kann, müssen abgebaut werden.

Export fördern

Der Export von Waren und Dienstleistungen eröffnet den Unternehmen neue Perspektiven. Doch die Hürden, neue Absatz- und Beschaffungsmärkte zu erschließen, sind zum Teil sehr hoch. Für kleine und mittlere Unternehmen müssen die Außenhandelshemmnisse reduziert und das Außenwirtschaftsrecht harmonisiert werden. Für eine sowohl effektive als auch effiziente Außenwirtschaftsförderung ist es wichtig, bestehende Kompetenzen zu nutzen und flexible Förderstrukturen aufrecht zu erhalten.

Erneuerbare Energiegewinnung

Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen Deutschlands. Eine effiziente und gesicherte Versorgung ist für die Wirtschaft unabdingbar. Mecklenburg-Vorpommern ist dabei bereits sehr gut aufgestellt und kann den eigenen Strombedarf bereits durch Erneuerbare Energien decken. Die Erneuerbaren Energien sind zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig geworden, die qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse bieten. Der im Land produzierte Strom muss durch eine entsprechende Netzinfrastruktur verteilt werden. Dazu muss in der öffentlichen Debatte herausgestellt werden, wie wichtig der weitere Ausbau für Deutschland ist. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt, die Netzausbaukosten fair verteilt und der Ausbau zügig vorangetrieben werden. Zur Versorgungssicherheit gehören auch die Erforschung und Umsetzung innovativer Energietechnologien wie die Speicher- und Brennstoffzellentechnik. Die in Mecklenburg-Vorpommern vorhandenen Kompetenzen sollten zudem auch außerhalb des Landes stärker vermarktet werden. Der Ausbau der Elektromobilität mit einer leistungsfähigen Versorgungsinfrastruktur ist ebenfalls voranzutreiben, um eine zukunftsfähige Mobilität zu gewährleisten.

Leistungsfähige Infrastruktur

Die Verkehrsinfrastruktur in Westmecklenburg wurde in den vergangenen Jahren bereits erheblich modernisiert und ausgebaut. Dieses Niveau muss weiter gehalten und zielgerichtet ausgebaut werden, damit die Region langfristig an die nationalen und internationalen Wirtschafts-, Logistik- und Absatzzentren angeschlossen ist. Eine belastbare und attraktive Infrastruktur ist ein gewichtiger Standortfaktor für alle Unternehmen. Die finanziellen Mittel müssen dazu im ausreichenden Maße bereitgestellt werden. Der zielgerichtete Ausbau der A 14, der festen Fehmarnbelt-Querung und des Gleisbogens Lübeck – Bad Kleinen haben oberste Priorität. Die Anbindung der See- und Flughäfen wird dadurch genauso verbessert, wie die Weiterentwicklung der Nord-Süd- und West-Ost-Korridore. Zu einer

leistungsfähigen Infrastruktur gehört ebenso die Möglichkeit, das Internet mit einem hohen Datenvolumen nutzen zu können.

Effiziente Verwaltung

Eine effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung ist ein großes Plus für den Standort Westmecklenburg. In den vergangenen Jahren konnte der Bürokratieabbau bereits positiv begleitet werden. Allerdings gibt es auf verschiedenen Verwaltungs- und Politikebenen immer wieder neue Hürden, die Kosten für die Unternehmen verursachen. So sind z. B. die Dokumentationspflichten, die im Zuge des gesetzlichen Mindestlohnes eingeführt wurden, gerade eine Belastung für die kleinen und mittleren Unternehmen. Die Unternehmen benötigen für ihre langfristige Planungssicherheit verständliche und praxisnahe rechtliche Rahmenbedingungen. An diesem Grundsatz muss sich die Gesetzgebung orientieren. Das betrifft für die Wirtschaft insbesondere die Themen eines sicheren Insolvenzrechts, eines wettbewerbsfähigen Steuersystems, einer mittelstandfreundlichen Erbschaftsteuer und einer wirtschaftsfreundlichen Finanzverwaltung. Zu einer bürgernahen Verwaltung gehört auch, E-Government einheitlich voranzubringen. Zudem dürfen versteckte und strukturelle Steuerbelastungen nicht zu einer weiteren Belastung der Unternehmen führen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist weiter umzusetzen. Das darf jedoch nicht zu Lasten der Unternehmen ausgetragen werden. Ebenfalls ist die Gewerbesteuer abzuschaffen und die kommunalen Haushalte auf eine nachhaltige Finanzbasis zu stellen, die keine Wettbewerbsverzerrungen zur Folge hat.

Die Wirtschaftspolitischen Grundsatzpositionen 2016 der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin bilden den Handlungsrahmen für die Vertretung des Gesamtinteresses der Wirtschaft. Die Zukunftsfähigkeit der Region Westmecklenburg soll anhand dieser Empfehlungen nachhaltig gestärkt und weiterentwickelt werden. Die IHK zu Schwerin steht Verwaltung und Politik als kritischer und konstruktiver Dialogpartner zur Verfügung.



WIE ES IST

Der Wohlstand unseres Landes wird insbesondere durch die privaten Unternehmen mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschaffen. Auf Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ordnung und freiem Warenverkehr können die Bürgerinnen und Bürger aus einer großen Fülle von Produkten und Dienstleistungen wählen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist dabei die Basis für Wachstum und Wohlstand. Sie bietet den leistungsfähigen und belastbaren Rahmen für unsere Gesellschaftsordnung. Die unternehmerische Freiheit, eigene, selbstgestaltbare Entscheidungen zu treffen, ist einer ihrer Grundprinzipien. Diese Freiräume ermöglichen es dem Unternehmen, dynamisch auf Marktveränderungen zu reagieren und ihre Entwicklungspotenziale vollständig zu entfalten. Eine starke und nachhaltige Wirtschaftskraft schafft qualifizierte Arbeitsplätze und sichert unsere hohe Lebensqualität.

Die Unternehmen in Westmecklenburg übernehmen eine gesellschaftliche Verantwortung gegenüber ihrer Region, ihren Mitarbeitern und deren Familien. Die übernommene Verantwortung ist ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft an unserem Wirtschaftsstandort. So unterstützen Unternehmen lokale Sportvereine, fördern kulturelle Veranstaltungen, qualifizieren ihre Mitarbeiter und bringen sich in soziale Tätigkeiten ein. Ehrenamtliche Unternehmerinnen und Unternehmer des IHK-Bezirks Schwerin leisten durch ihr gesellschaftliches Engagement einen wichtigen Beitrag für unsere Region.

Nachhaltiges Wirtschaften und der kommenden Generation damit ein gutes Umfeld zu hinterlassen, ist ein weiterer Aspekt des unternehmerischen Handelns geworden. Der schonende Umgang mit unserer Umwelt und unseren Ressourcen reduziert Kosten und gewährt Wohlstand auf lange Sicht. Dessen sind sich auch die Unternehmen in Westmecklenburg bewusst und beziehen diese Notwendigkeiten in ihr unternehmerisches Handeln mit ein.

Die Attraktivität des Wohn- und Arbeitsstandortes Westmecklenburg wird maßgeblich durch die wirtschaftliche Tätigkeit der regionalen Unternehmen beeinflusst. Sie bilden die ökonomische und soziale Grundlage unserer Gesellschaft.

Die regionalen Unternehmen kommen ihrer Verantwortung auch im Dialog mit der Politik nach. Die Wirtschaft ist bei allen gesellschaftlichen Anliegen ein offener und sachlicher Gesprächspartner. Das Thema Zuwanderung gehört ebenso dazu. Dafür ist eine gelebte Willkommenskultur notwendig. Um diese zu erreichen, bedarf es in Mecklenburg-Vorpommern weiterer Anstrengungen und großer Kooperationsbereitschaft.

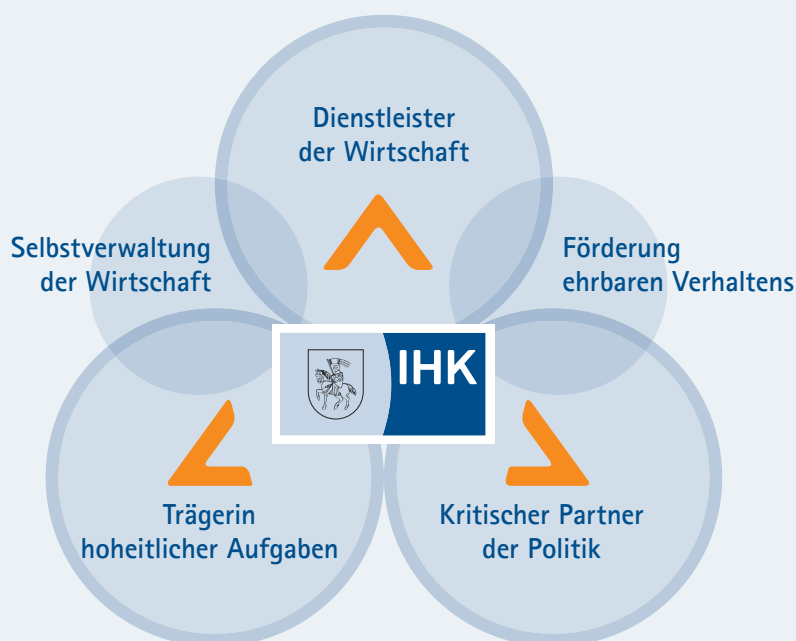


WAS ZU TUN IST – LEITLINIEN

Wir setzen uns für das Leitbild des ehrbaren Kaufmannes in der Gegenwart ein.

Die Unternehmen der Region Westmecklenburg bekennen sich zur ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen

Aufgabentrias der IHK zu Schwerin



Verantwortung. Das eigene unternehmerische Handeln wird durch dieses Leitbild maßgeblich bestimmt. Im Sinne einer gegenseitigen Verantwortung müssen auch der Staat und die Öffentlichkeit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen. Das Leitbild des ehrbaren Kaufmanns wird nicht zuletzt durch eine Vielzahl ehrenamtlich engagierter Unternehmerinnen und Unternehmer im Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin gelebt.

Wir setzen uns für ein positiveres Bild der Wirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung ein.

Die Unternehmen der Region sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Das Engagement und die Verantwortung, welche die Unternehmen für ihre Mitarbeiter und die Region tragen, werden in der öffentlichen Berichterstattung, der regionalen und überregionalen Werbung sowie in der öffentlichen Wahrnehmung häufig nachrangig betrachtet. Wir setzen uns dafür ein, dass das Unternehmertum über alle Branchen hinweg einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert einnimmt.

Wir fordern die Sicherstellung der unternehmerischen Freiheit.

Die Grundordnung der Sozialen Marktwirtschaft muss bei allen notwendigen politischen und institutionellen Regularien gewahrt bleiben. Für die Unternehmen sind Freiräume unerlässlich. Sie ermöglichen ein selbstgestaltbares und verantwortungsbewusstes wirtschaftliches Handeln und fördern kreative Lösungen und Erfindergeist. Praxisferne und schwer verständliche Vorschriften schränken diese Entscheidungsfreiräume insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen ein.

Wir setzen uns dafür ein, den Unternehmertegeist zu stärken.

Die Zahl der Unternehmen nimmt im gesamten Bundesgebiet immer weiter ab. Unternehmerisches Handeln und die damit verbundene Verantwortung müssen als Grundlage unserer Gesellschaft stärker verankert werden. Wir brauchen eine Kultur der Selbstständigkeit, die den Mut würdigt, ungewöhnliche, innovative Ideen zu realisieren. Unternehmerinnen und Unternehmer sollten bestärkt werden, Fehlentwicklungen als Chance eines Lernprozesses zu verstehen. In Schulen sollten Wirtschaft und Unternehmertum fester Bestandteil des Lehrplanes sein.

Ebenfalls wird das Thema Unternehmensnachfolge in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Die Nachfolge muss soweit wie möglich unterstützt werden. Neben der Sicherstellung öffentlicher Finanzierungsprogramme gehört dazu auch eine weitreichende Planungssicherheit für die Unternehmen.

Wir fordern transparente und praxisnahe Regeln sowie den Abbau von bürokratischen Hürden.

Hohe bürokratische Auflagen belasten die Unternehmen. Ressourcen werden gebunden, die den Unternehmen nicht mehr für ihre Kernaufgaben zur Verfügung stehen. Die Regulierungen sollten auf ein notwendiges Maß beschränkt

werden. Benötigt werden daher klare und transparente Regelungen, die zum einen Planungs- und Rechtssicherheit gewährleisten und zum anderen der Dynamik des Wandels gerecht werden. Bürokratische Hürden sind grundsätzlich zu vermeiden. Die bestehenden Hürden müssen zügig abgebaut werden. Die staatlichen Strukturen in Deutschland und der Europäischen Union sollten effizient und damit auch leistungsfähig gestaltet sein.

Wir fordern keine Belastungen durch neue kommunale Abgaben.

Die regionalen Unternehmen stehen national wie international in Konkurrenz um Kunden und Marktanteile. Lokale Aufwendungen und Vorschriften schränken die wirtschaftliche Tätigkeit der hiesigen Unternehmen unnötig ein. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen stellen kommunale Abgaben eine hohe Belastung dar.

Wir fordern die Einschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen.

Die kommunale Wirtschaftstätigkeit verzerrt die Marktgegebenheiten zulasten privater Unternehmen und stellt damit einen deutlichen Wettbewerbsnachteil dar. Zudem dürfen die finanziellen Risiken, die den Gemeinden bei einer intensiven wirtschaftlichen Betätigung entstehen, nicht vernachlässigt werden. Ausnahmen der wirtschaftlichen Betätigung könnten im Bereich der sogenannten öffentlichen Güter, nach kritischer Abwägung der Auswirkungen auf private Marktteilnehmer, in Einzelfällen erfolgen.

Wir setzen uns für einen frühzeitigen Dialog von Wirtschaft und Politik ein.

Die IHK zu Schwerin und die ihr zugehörigen Unternehmen stehen der Politik und den Verwaltungen als Ansprechpartner zu allen Themen, welche die Wirtschaft betreffen, zur Verfügung. Eine frühzeitige Einbindung bei bedeutsamen Themen und Projekten erweitert die Gestaltungsmöglichkeiten und nutzt das in der Region vorhandene unternehmerische Fachwissen. Auf der Ebene eines sachlichen Austausches von Argumenten lassen sich somit bedarfsgerechte und anerkannte Lösungen entwickeln.

Wir fordern eine gelebte, weltoffene Willkommenskultur.

Eine gelebte Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern ist der Schlüssel, Zuwanderer, hier lebende Migranten und Flüchtlinge erfolgreich in die Gesellschaft einzubinden. Dazu bedarf es, ihre Potenziale wertzuschätzen, ihre kulturelle Vielfalt positiv aufzunehmen sowie sie gemeinschaftlich beim Ankommen und Einleben zu unterstützen. Zuwanderung ist eine Chance für Gesellschaft und Wirtschaft. Eine lokal verankerte und institutionalisierte Willkommenskultur für Neubürger würde die Standortattraktivität unserer Region erhöhen.



WIE ES IST

Der Wohn- und Arbeitsstandort Westmecklenburg ist aufgrund seiner geografischen Lage und seiner verkehrsgünstigen Anbindung einer der wichtigsten Schnittpunkte der nationalen und internationalen Nord-Süd- und West-Ost-Korridore. Leistungsfähige Verkehrsachsen sowie See- und Flughäfen verknüpfen die Region mit der Welt und bieten den Unternehmen einen kostengünstigen Zugang zu internationalen Kunden und Geschäftspartnern.

Eingebettet im Norden Europas hat Westmecklenburg direkten Zugang zum skandinavischen, osteuropäischen und russischen Kultur- und Wirtschaftsraum. Die Ostsee ist dabei ein wichtiges Bindeglied. Die lokalen Unternehmen pflegen intensive wirtschaftliche Beziehungen mit den angrenzenden nationalen wie internationalen Regionen. Zudem sind die angrenzenden nordeuropäischen Regionen bedeutende Quellmärkte für tausende Besucher.

Westmecklenburg profitiert von seiner Nähe zur Hansestadt Hamburg. Mit Nordwestmecklenburg und dem Altkreis Ludwigslust ist die Region Bestandteil der Metropolregion Hamburg. Hier leben und arbeiten rund 5 Millionen Menschen. Die Metropolregion gehört zu den wettbewerbsfähigsten Regionen in Europa. Eine Vielzahl an innovativen Unternehmen und leistungsfähigen Wissenschafts- und

Bildungseinrichtungen haben hier ihren Sitz. Die Hansestadt Hamburg ist das wirtschaftliche Zentrum Norddeutschlands und ein internationaler Verkehrs- und Logistikhub. Die starken Pendlerverflechtungen mit der Metropolregion bilden dabei das Fachkräftepotenzial für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Westmecklenburgs. Aus Westmecklenburg pendeln rund 29.000 Arbeitnehmer täglich nach Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Mit Schwerin als Sitz der Landesregierung, dem Ostseehafen Wismar sowie Großgewerbestandorten in Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim und Schwerin, übernimmt Westmecklenburg wichtige Funktionen für das gesamte Bundesland. Mit der West-Ost-Verbindung werden Brücken von Hamburg bis zur Woiwodschaft Westpommern und in das Baltikum geschlagen.



WAS ZU TUN IST

Wir setzen uns dafür ein, Westmecklenburg als Gesamtheit in die Metropolregion Hamburg einzubinden.

Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Standortes ist es notwendig, Westmecklenburg als Gesamtheit in die Strukturen der Metropolregion Hamburg aktiv einzubinden. Die Hansestadt ist nicht nur ein bedeutendes

Arbeits- und Wohnstandort Westmecklenburg



Wirtschaftszentrum und ein internationaler Verkehrshub, sondern darüber hinaus ein wichtiger Kooperationspartner. Nationale und internationale Großveranstaltungen in der Metropolregion Hamburg sind auch für Mecklenburg-Vorpommern eine Chance sich internationalen Gästen zu präsentieren.

Wir fordern ein Standortmarketing, das die Stärken der Region hervorhebt.

Westmecklenburg wie auch ganz Mecklenburg-Vorpommern ist ein lebenswerter Wohn- und Arbeitsstandort. Die Unternehmen der Region bieten den Menschen gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen an. Sie sind leistungsstark und innovativ. Hier befinden sich internationale Marktführer mit einzigartigen Produkten und Dienstleistungen. Mit den wissenschaftlichen Einrichtungen steht der Region eine leistungsfähige Bildungs- und Forschungsinfrastruktur zur Verfügung. Hinzu kommen die landschaftlich reizvolle Natur und die vielfältigen Kultur- und Freizeitangebote. Das Außenmarketing sollte auf diese positiven Besonderheiten des Landes stärker forciert werden.

Wir setzen uns für eine weitere Stärkung der Wirtschaftsförderung ein.

Die Wirtschaftsförderung in Westmecklenburg kann in den vergangenen Jahren auf wichtige Erfolge verweisen, die die wirtschaftliche Basis unserer Region weiter gestärkt haben. Sie sollte daher mit ausreichenden finanziellen Grundmitteln ausgestattet sein, um noch effektiver arbeiten zu können. Die Finanzierung über Projektmittel ist mit hohen Bürokratiekosten verbunden und lässt den Gesellschaften nur wenige Gestaltungsspielräume, um eigene Ideen umzusetzen.

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Anpassung der politischen Planungsgrundlagen ein.

Die Bevölkerungsentwicklung in Westmecklenburg war von 2013 zu 2014 mit einem Anstieg von mehr als 700 Personen das erste Mal seit der Wende positiv. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zu verschiedenen Prognosen, auf dessen Grundlage Entscheidungsprozesse angestoßen werden. Der Zustrom an Flüchtlingen und die damit verbundene Zuwanderung werden uns die nächsten Jahre weiter intensiv beschäftigen. Die Planung muss sich an die kommenden Gegebenheiten orientieren.

Wir setzen uns für eine enge Zusammenarbeit in der Stadt-Umland-Beziehung ein.

Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Stadt und Umland soll forciert werden. Aus Sicht der Wirtschaft ist es deswegen wichtig, weil sich die Belange von Unternehmen nicht an den Grenzen von Gebietskörperschaften orientieren. Regionale Kooperationen sollten in Westmecklenburg weiter intensiviert werden.

Wir fordern eine Flächenbevorratung für Industrie und gewerbliche Wirtschaft.

Eine Flächenbevorratung für Erweiterungen von Industrieunternehmen und gewerblichen Betrieben ist ein

zentraler Erfolgsfaktor für die perspektivische Expansion hier vorhandener Betriebe sowie zur Anwerbung von neuen Unternehmen.

Wir fordern die Arrondierung von Gewerbeflächen.

Die Arrondierung von Gewerbe- und Industrieflächen ist für die Unternehmen an ihrem Standort, aber auch für Neuansiedlungen, von hoher Bedeutung. Die Nutzbarkeit arrondierter Flächen wird dadurch erheblich verbessert.



WIE ES IST

Die Wirtschaftsstruktur Westmecklenburgs ist insbesondere durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Hinzu kommen einige Großunternehmen, die hier ihre Produktionsstätten haben, aber auch Forschungs- und Entwicklungsarbeit leisten. In der Region gibt es zahlreiche innovative Unternehmen, die neuartige Produkte und Dienstleistungen entwickeln und damit auch auf den internationalen Märkten eine führende Rolle einnehmen.

Dem IHK-Bezirk sind rund 24.000 Unternehmen zugehörig. Mehr als 157.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten in Westmecklenburg. Knapp 19.000 Unternehmen kommen aus den Bereichen Dienstleistungen, Handel und Gastgewerbe. Sie alleine beschäftigen rund 103.000 Menschen. Im verarbeitenden Gewerbe sind rund 2.000 Unternehmen in der Region wirtschaftlich tätig. Sie bieten rund 26.300 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Das verarbeitende Gewerbe in Westmecklenburg ist dabei vielfältig aufgestellt. Insbesondere die Ernährungswirtschaft, der Maschinenbau, die Herstellung von Metall-erzeugnissen, die Elektrotechnik, die Medizintechnik, die Kunststoffverarbeitung und die Holzindustrie sind hier ansässig. Der Dienstleistungsbereich besteht insbesondere aus Unternehmen des Handels und der Logistik, Kundenbetreuungszentren, Gesundheitseinrichtungen sowie des Tourismus- und Gaststättengewerbes. Die Branchen, die zukünftig eine wirtschaftlich gute Entwicklung versprechen,

sind insbesondere die Gesundheitswirtschaft, wie zum Beispiel die Medizintechnik, die Ernährungswirtschaft, Umwelttechnik, die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Energiewirtschaft, neue Produktionstechniken und Werkstoffe sowie Logistik und neue Mobilitätsformen.

Eng mit dem Dienstleistungsbereich verbunden sind die Zentren und Ortskerne. Sie sind die Visitenkarten unserer Städte und Gemeinden. Um eine positive und dauerhafte Entwicklung der Zentren zu erreichen, sind die Rahmenbedingungen für Gewerbe und Handel von besonderer Bedeutung. In den vergangenen Jahren wurden die Zentren weiter modernisiert und sind für Einheimische und Touristen gleichermaßen von hoher Attraktivität.

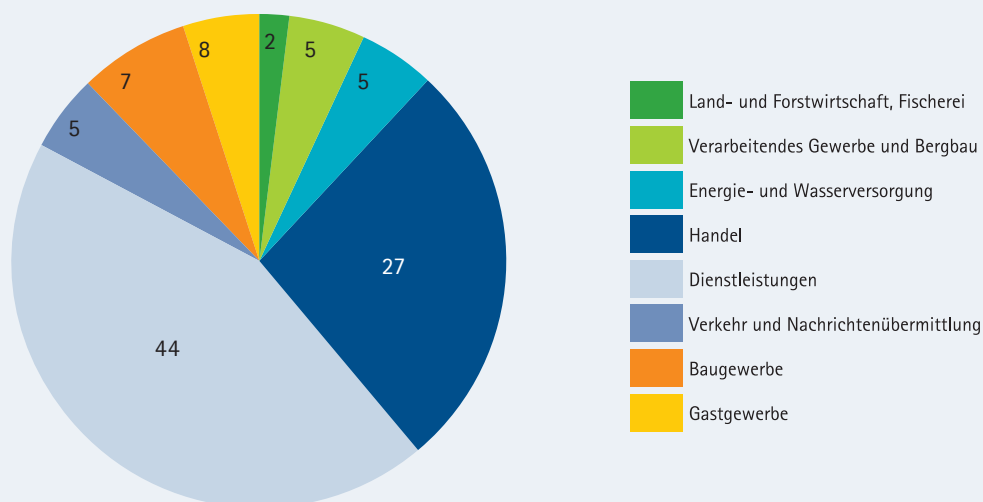


WAS ZU TUN IST

Wir setzen uns für eine branchenübergreifende Vernetzung der Unternehmen ein.

Bedeutende Entwicklungspotenziale für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung liegen in einer engeren Verzahnung verschiedener Branchen. Querschnittsbranchen, wie die Informations- und Kommunikationstechnik, die Kultur- und Kreativwirtschaft und die Gesundheitswirtschaft schaffen in Verbindung mit anderen Branchen neue Wertschöpfungsprozesse. So nimmt die Kultur- und Kreativwirtschaft in einer zunehmend wissensbasierten Wirtschaft die Rolle eines wichtigen Impulsgebers für innovative Produkte, Dienstleistungen und Organisationsformen ein. Der Ansatz des Cross Clustering erschließt noch nicht gehobene

Struktur der Unternehmen in Westmecklenburg (Angaben in Prozent)



Potenziale für Innovationen und dauerhafter Wettbewerbsfähigkeit in den regionalen Unternehmen.

Wie setzen uns für eine regional integrierte Wertschöpfungskette ein.

Die Wertschöpfungsprozesse innerhalb der Region müssen intensiviert werden. Die regionalen Wirtschaftssektoren Landwirtschaft, Lebensmittelherstellung und Dienstleistungen sollten stärker miteinander verzahnt werden. Vorhandene Kompetenzen sollten aufgegriffen und vor Ort weiterentwickelt werden, um die Wertschöpfung weiter auszubauen. Lücken in der Wertschöpfungskette sind durch Neuansiedlungen zu schließen.

Wir setzen uns für eine hohe Industrieakzeptanz ein.

Die Industrie ist der Kern der Wirtschaftskraft in Mecklenburg-Vorpommern. Die Unternehmen generieren durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region. Diese positiven Effekte sind auch für die nachgelagerten Wirtschaftszweige von hoher Relevanz. Image und Akzeptanz der Industrie sind aufgrund der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung deutlich zu verbessern.

Wir setzen uns für eine Stärkung der Zentren ein.

Attraktive Innenstädte und Ortskerne sind geprägt durch ein ausgewogenes Angebot an Handels- und Dienstleistungsbetrieben, an Handwerk und kulturellen Einrichtungen, an Gastronomie und Veranstaltungen, gepaart mit einem attraktiven städtebaulichen Umfeld. Um im Wettbewerb der Städte und Gemeinden mithalten zu können, muss das Zentrum als multifunktionaler und lebendiger Ort mit hoher Aufenthaltsqualität nachhaltig gestärkt und weiterentwickelt werden.

Wir setzen uns für eine stärkere Verknüpfung von Einzelhandel und Tourismus ein.

Die Wechselwirkungen zwischen Einzelhandel und Tourismus haben eine große Bedeutung für beide Branchen. Der Erlebniswert des Einzelhandels sollte zukünftig verstärkt touristische Belange berücksichtigen. Ziel ist die Erschließung weiterer Kaufkraftpotenziale durch Touristen. Vor diesem Hintergrund ist die sachliche, örtliche und zeitliche Freigabe der Ladenöffnungszeiten von hoher Bedeutung für die Unternehmen.

Wir fordern eine Flächenbevorratung für Industrie und gewerbliche Wirtschaft.

Eine Flächenbevorratung für Erweiterungen von Industrieunternehmen und gewerblichen Betrieben ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die perspektivische Expansion hier vorhandener Betriebe sowie zur Anwerbung von neuen Unternehmen.

Wir fordern den Ausbau saisonverlängernder Maßnahmen.

Die Weiterentwicklung touristisch ansprechender Angebote, die außerhalb der sommerlichen Hochsaison Fremdenverkehr attrahieren, ist zu forcieren und zu unterstützen.

Saisonverlängernde Maßnahmen bieten den Unternehmen zudem die Möglichkeit, ihre Mitarbeiterzahl über die Hauptsaison zu halten und langfristig an sich zu binden. Diese Angebote müssen entsprechend vermarktet und kommuniziert werden.

Wir fordern eine international ausgerichtete Vermarktung.

Das Marketing sollte verstärkt internationale Quellmärkte ansprechen und hier mit den Aktivitäten der Metropolregion Hamburg anknüpfen und ergänzen. Mit der bestehenden Auszeichnung der Hansestadt Wismar als Weltkulturerbe und der anvisierten Eintragung des Residenzensembles Schweriner Schloss bei der UNESCO bestehen erhebliche Potenziale, internationale Touristen für die Region zu gewinnen. Synergien liegen in einer intensiveren Einbindung der gesamten Region Westmecklenburg in die Strukturen der Metropolregion Hamburg mit einem gemeinsamen Außenmarketing.

Wir setzen uns für eine bessere Wahrnehmung Mecklenburg-Vorpommerns als Gesundheitsland ein.

Die Gesundheitswirtschaft ist ein Wachstumsmarkt mit erheblichen Entwicklungspotenzialen für Beschäftigung und Wertschöpfung in Westmecklenburg. Die bisher erreichten Meilensteine sollten fortgeführt und weiter ausgebaut werden. Der Gesundheitstourismus nimmt für Mecklenburg-Vorpommern dabei eine besondere Stellung ein und sollte weiter gefördert werden.

Wir setzen uns für eine Stärkung des regionalen Ernährungsclusters ein.

Die Ernährungswirtschaft ist eine der bedeutendsten Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes in Westmecklenburg. Die Produktpalette der hier erzeugten und hergestellten Lebensmittel ist vielfältig. Um den zukünftigen Herausforderungen der Branche, wie Fachkräftegewinnung oder Marktveränderungen, gerecht zu werden, wird eine weitere Stärkung des regionalen Ernährungsclusters angestrebt. Die führende Rolle, die Westmecklenburg in der Ernährungswirtschaft einnimmt, sollte verstärkt in die norddeutsche Zusammenarbeit eingebracht werden.

Wir setzen uns für eine Bewerbung des Industrie- und Innovationsstandortes Mecklenburg-Vorpommern ein.

Das verarbeitende Gewerbe in Mecklenburg-Vorpommern hat sich dynamisch entwickelt. Es ist nicht nur ein Garant für attraktive Beschäftigungsverhältnisse in der Region. Zahlreiche Zulieferbetriebe und Dienstleistungsunternehmen siedeln sich um die industriellen Cluster an. Dennoch steht das Image des Landes Mecklenburg-Vorpommerns nicht für einen dynamischen Industriestandort. Image und Akzeptanz des Industrie- und Innovationsstandortes sind im Marketing nachhaltig zu positionieren.



WIE ES IST

Die Bildungspolitik ist ein wesentlicher Bestandteil der Standortpolitik und von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der regionalen Wirtschaft. Qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bilden die Grundlage für den unternehmerischen Erfolg. Innovationen werden insbesondere durch gut ausgebildete Köpfe vorangetrieben. Sie bilden den Schlüssel für eine dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft. Auf Grund der demografischen Entwicklung werden Ausbildung und lebenslanges Lernen immer wichtiger. Die Zahl qualifizierter Fachkräfte und geeigneter Auszubildende nimmt immer weiter ab. Umso wichtiger ist es, die Rahmenbedingungen auf diese Entwicklungen abzustimmen und die Unternehmen in ihrem Engagement bei der Aus- und Weiterbildung zu unterstützen.

Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen steigt seit einigen Jahren an. Zum einen fehlt vielen Bewerbern die notwendige Ausbildungsreife. Trotz guter Entwicklungen liegt die Schulabbrecherquote im Land für das Schuljahr 2013/2014 bei noch 8,4 Prozent. Zum anderen führt der Rückgang der Geburten vergangener Jahre zu einer Minderung des Erwerbspersonenpotenzials heute. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren weiter verstärken.

Die Intensivierung der Aus- und Weiterbildungsqualität sowie einer verstärkten Zuwanderung sind dabei von besonderer Bedeutung. Von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis zum Berufs- und Studienabschluss kann die

Ausbildungsqualität weiter ausgebaut werden. Die Eigenverantwortung jedes Einzelnen ist auch heute gefragt. Als zuständige Stelle für die Berufsausbildung in der gewerblichen Wirtschaft und im Handel engagiert sich die IHK zu Schwerin für eine hohe Qualität der Ausbildung. Rund 61 Prozent aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Mecklenburg-Vorpommern entfallen in den Zuständigkeitsbereich der drei IHKs. Damit sind die IHKs für den Großteil der Ausbildungen verantwortlich und unterstützen ihre zugehörigen Unternehmen bei der Schaffung einer qualitativen Basis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.



WAS ZU TUN IST

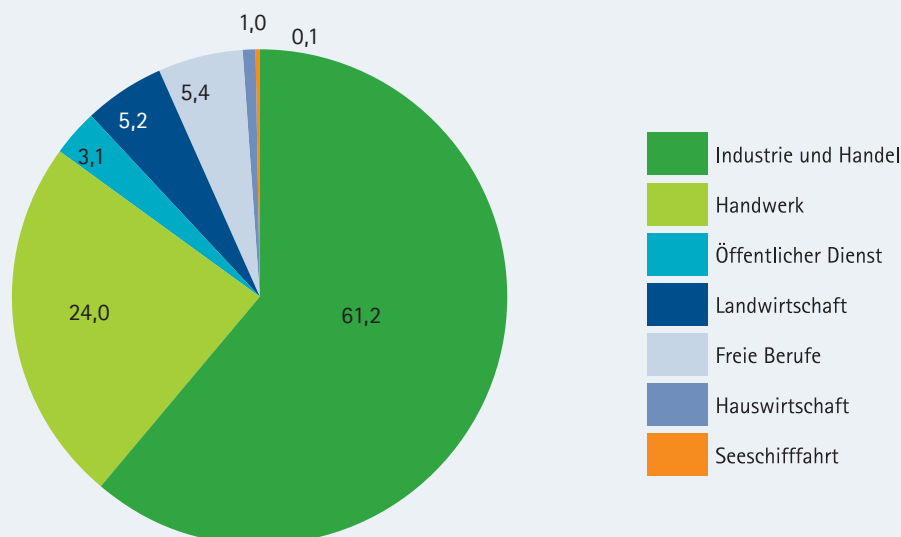
Wir setzen uns dafür ein, die Eigenverantwortung zu stärken.

Jeder Einzelne muss die Chance erhalten seiner Verantwortung für die Entwicklung und den Erhalt seiner Berufsfähigkeit gerecht zu werden. Die Politik muss die geeigneten Rahmenbedingungen dafür vorgeben. Der Einzelne muss diese Chance jedoch ergreifen. Diese Selbstverantwortung für die eigene Aus- und Weiterbildung muss zur persönlichen Einsicht eines lebenslangen Lernens führen. Die dauerhafte, berufliche Weiterbildung sollte von Unternehmen und Politik im besten Maße unterstützt werden.

Wir fordern eine qualitätsorientierte Bildungspolitik.

Im Hinblick auf den steigenden Bedarf an geeigneten Fachkräften und der sinkenden Zahl von Erwerbspersonen ist eine Anhebung des Bildungsniveaus vom Kindergarten bis

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Mecklenburg-Vorpommern (Angaben in Prozent)



zum Berufsabschluss unerlässlich. Die frühkindliche Bildung mit dem Ansatz einer individuellen Förderung verbunden mit einem guten Sprachniveau und einer interkulturellen Bildung ist ein wesentlicher Baustein. Die Sicherung des Schulabschlusses mit Ausbildungsreife ist ein weiterer. Die Zahl der Schüler ohne einen berufsqualifizierenden Abschluss ist weiter zu senken. Eine individuelle Berufs- und Studienorientierung ist eine Hauptaufgabe, die in den Schulen umgesetzt werden muss. Regionale Kooperationsstrukturen mit Unternehmen können die Schulen dabei unterstützen.

Zudem müssen eine verbesserte Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse und die Wechselmöglichkeiten zwischen den Bundesländern erreicht werden. Eine klare Leistungsorientierung und verbindliche Qualitätsstandards sind für alle Bildungseinrichtungen einzuhalten und zu evaluieren.

Wir fordern eine höhere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung.

Die Studienangebote sind an die Bedarfe der regionalen Wirtschaft anzupassen. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Abschlüsse ist dabei ein wichtiges Anliegen der Wirtschaft. Beruflich erworbene Kompetenzen sollten zudem verstärkt bei der Hochschulausbildung berücksichtigt werden. Die Durchlässigkeit ist weiter ausbaufähig.

Wir fordern eine verbesserte Berufsschulsituation.

Die Ausbildungsqualität und Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen ist zu gewährleisten. Die Ausbildungsgänge dürfen nicht weiter an einigen wenigen Standorten konzentriert werden. Die Relation von Lehrkräften und Schülern sollte auf 1:15 verbessert werden, um mehr Individualität und Qualität zu ermöglichen. Die Lehrkräfte sind entsprechend zu qualifizieren und bedarfsgerecht einzusetzen.



WIE ES IST

Der Arbeitsmarkt in Westmecklenburg hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt und präsentiert sich 2015 in guter Verfassung. Die Arbeitslosenquote im IHK-Bezirk Schwerin beträgt rund 8 Prozent (Durchschnitt 2015) und ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. Dennoch ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen mit rund 14.000 noch immer hoch. Die Arbeitslosigkeit ist für viele Personen ein wichtiger Grund eine selbstständige Tätigkeit aufzunehmen. Die derzeitige gute wirtschaftliche Entwicklung hat diesen Aspekt ein wenig in den Hintergrund rücken lassen.

Ende 2014 sind rund 157.000 Personen in Westmecklenburg einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen. Im Vergleich zum Jahr 2010 konnten damit fast 5.200 neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Unternehmenserweiterungen und Neuansiedlungen haben zusätzliche Arbeitsstellen geschaffen. Die Unternehmen in der Region bieten den Menschen attraktive berufliche Möglichkeiten.

Der Fachkräftemangel wird für die Wirtschaft in Westmecklenburg immer mehr zum Hauptrisikofaktor ihrer zukünftigen Entwicklung. Fast die Hälfte der Unternehmen gab in den Konjunkturumfragen Fröhsommer und Herbst 2015 an, dass der Fachkräftemangel der größte Risikofaktor für ihre zukünftige Entwicklung sei.

Ende 2014 lebten rund 460.000 Menschen in Westmecklenburg. Im Vergleich zu 2013 stieg die Bevölkerung wieder leicht an. Daraus kann aber noch keine Trendumkehr abgeleitet werden. Der Anstieg ist auf ein positives Wanderungssaldo zurückzuführen. Die Bevölkerungsstruktur wird weiterhin durch immer älter werdende Bevölkerungsschichten bestimmt.



WAS ZU TUN IST

Wir setzen uns dafür ein, die Arbeitskosten nicht weiter zu erhöhen.

Die Arbeitskosten am Wirtschaftsstandort Deutschland dürfen nicht weiter steigen. Die Beiträge zur Kranken- und

Anteil der Unternehmen, die in der IHK-Umfrage den Fachkräftemangel als Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung sehen (Angaben in Prozent)



Pflegeversicherung sollten vom Arbeitseinkommen getrennt werden. Aufwendungen und Dokumentationspflichten durch gesetzliche Regelungen müssen auf ein notwendiges Maß beschränkt sein, damit die unternehmerischen Ressourcen für die Kernaufgaben genutzt werden können.

Wir fordern, den Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv entgegenzutreten.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen gemeinsam neue Strategien entwickelt werden. Potenziale zur Anhebung des Fachkräfteangebotes liegen in der Reduzierung von Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrechern, in der Erhöhung der Erwerbspartizipation von Menschen über 55 Jahre, in der Zuwanderung von Fachkräften, in der Steigerung der Arbeitszeit Teilzeitbeschäftigter, in einer verstärkten Aus- und Weiterbildungsqualifizierung sowie in der Überprüfung arbeitsmarktrechtlicher Regelungen und Abgaben.

Die aktive Anwerbung und Einbindung von Auszubildenden und qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland ist von zentraler Bedeutung. Ferner ist es notwendig, auch Menschen aus Krisengebieten eine Perspektive bieten zu können und ihnen in unserem Land ein sicheres Leben und eine Beschäftigung zu ermöglichen.

Wir machen uns dafür stark, Fachkräfte und ihre Familien an die Region zu binden.

Neben der Gewinnung von Fachkräften ist ebenfalls ihre langfristige Bindung an die Region eine wichtige Aufgabe. Eine hohe Lebensqualität gewährleistet das Wohlbefinden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu gehören neben attraktiven Kultur- und Freizeitangeboten, insbesondere qualitativ hochwertige Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Familienangehörige. Die Stärkung von Fachkräftenetzwerken ist eine Maßnahme für die strategische Personalentwicklung in der Region. Des Weiteren müssen auch attraktive Angebote für einzeln lebende Personen vorhanden sein.

Wir setzen uns für verbesserte Strukturen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen benötigen gute Strukturen, um flexibel auf die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingehen zu können. Es geht dabei nicht nur um die Betreuung von Kindern, sondern verstärkt auch um die Pflege von bedürftigen Familienangehörigen. Es ist ebenfalls wichtig, den jeweiligen Partner oder die jeweilige Partnerin bei der Suche nach einem adäquaten Arbeitsplatz zu unterstützen.

Wir setzen uns für eine offene Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern ein.

Jeder Zuwanderer, der in unserem Land leben und arbeiten möchte, ist ein Gewinn für die Region. Zuwanderung bietet eine Chance, der demografischen Entwicklung aktiv entgegenzutreten. Es müssen weitere Projekte auf den Weg gebracht werden, welche die Arbeitsmarktintegration fördern. Zudem ist es wichtig, das Engagement gegen Rechts-Extremismus und Fremdenfeindlichkeit weiter fortzuführen.

Wir fordern eine institutionalisierte Begrüßungsstelle für Neubürger (Welcome-Center).

Um den ausländischen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land die Chance zu geben hier Fuß zu fassen, bedarf es einer weltoffenen Willkommenskultur, die gelebt werden muss. Die Menschen, die zu uns kommen, benötigen Orientierung und Hilfestellungen bei Behördengängen, Sprachbildung oder den alltäglichen Dingen des Lebens. Ein institutionalisiertes und lokal verankertes Zentrum für Neubürger unterstützt das Einleben in unsere Gesellschaft.

Wir setzen uns dafür ein, das Anerkennungsgesetz bekannter zu machen.

Die IHK-FOSA (Foreign Skills Approval) ist das bundesweite Kompetenzzentrum der Industrie- und Handelskammern für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland. Im Rahmen einheitlicher Standards können sich dort Zuwanderer effizient beraten lassen. Das Anerkennungsgesetz ist jedoch noch nicht ausreichend bekannt, sodass das Potenzial zur Anerkennung von Berufsabschlüssen nicht vollständig gehoben werden kann.

Wir setzen uns dafür ein, Kampagnen zur Gewinnung von Rückkehrern zu stärken.

Um Fachkräfte für die Region und das Land zu gewinnen, ist es wichtig, sich auch weiterhin an abgewanderte Personen zu richten. Die positive Entwicklung der vergangenen Jahre und die guten beruflichen Perspektiven in Westmecklenburg müssen für diese Zielgruppe deutlich herausgestellt werden. Die daran arbeitenden Kampagnen und Projekte sollten in ihren Aktivitäten verstärkt unterstützt werden.

Wir fordern, dass Gründungen aus der Arbeitslosigkeit weiterhin durch Zuschüsse unterstützt werden.

Die Gründung aus der Arbeitslosigkeit heraus ist eine wichtige Motivation sich wirtschaftlich selbstständig zu machen. Die Bemühungen, die diese Personen auf sich nehmen, sollten auch weiterhin durch Zuschüsse unterstützt werden.



WIE ES IST

Die dauerhafte Sicherung unseres Wohlstandes wird durch die Wirtschaftskraft der Unternehmen maßgeblich bestimmt. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit wird immer wieder durch neue Marktteilnehmer herausgefordert. Es ist daher notwendig, innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, um sich erfolgreich auf den Märkten zu behaupten.

Kleine und mittlere Unternehmen prägen die Wirtschaftsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern. Sie haben sehr häufig weder die finanziellen noch die personellen Kapazitäten, eigene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu realisieren. Der enge Kontakt zu Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen ist für die Unternehmen daher von großer Bedeutung. Im Verbund von Wirtschaft und Wissenschaft können innovative Entwicklungen angeschoben werden.

Der Forschungs- und Bildungsstandort Mecklenburg-Vorpommern kann mit leistungsfähigen Einrichtungen mit nationaler und internationaler Reputation punkten. Mit den öffentlichen und privaten Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Westmecklenburg stehen den Unternehmen wirtschaftnahe Kompetenzträger für innovative Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung. Des Weiteren gibt es Zugang zu vielen weiteren nahegelegenen Institutionen.

Die Technologieförderung des Landes ist mit den eingerichteten Innovationsfonds und der Richtlinie zur Förderung von Forschung und Innovation gut aufgestellt.

Die Verbundforschung hat sich für die Unternehmen als ein gutes Instrumentarium etabliert. Die Aufnahme der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung in die EU-Strukturfondsperiode 2014-2020 ist zu begrüßen. Die Antragsverfahren für Förderungen konnten beim TBI Technologie-Beratungs-Institut GmbH verkürzt und effizienter gestaltet werden.

Es existieren jedoch noch immer viele Hemmnisse für Unternehmen Innovationen anzustoßen. Der Fachkräftemangel macht sich auch hier bemerkbar. Es wird zunehmend schwerer, geeignete Ingenieure, Techniker und Forschungspersonal zu akquirieren. Das Steuerrecht ist zudem eine weitere Hürde, die gerade kleine und mittlere Unternehmen nur mit einem hohen Beratungs- und Verwaltungsaufwand nehmen können. Langwierige Prozesse bei Genehmigungs- und Zulassungsverfahren erschweren die Markteinführung zusätzlich.



WAS ZU TUN IST

Wir fordern den weiteren Abbau der Innovationshemmnisse.

Die bürokratischen Hemmnisse für Innovationstätigkeiten müssen auf allen Ebenen weiter gesenkt werden. Die Genehmigungs- und Zulassungsverfahren sollten vereinfacht und zeitlich verkürzt werden. Auch ist die Komplexität von Förderprogrammen und Förderanträgen weiter zu reduzieren.

Die Technologie- und Innovationsberater in Mecklenburg-Vorpommern



Wir setzen uns für einen intensiven Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ein.

Die Zusammenarbeit zwischen regionalen Unternehmen und den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen muss weiter ausgebaut werden. Ein gut funktionierender Wissenstransfer ist der Grundstein für innovative Entwicklungen und steigert die Wettbewerbsfähigkeit der Region. Die Kooperationsmöglichkeiten mit Hochschulen, Forschungsinstituten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind daher weiter zu fördern.

Wir fordern wirtschaftsnahe Forschungs- und Transferinstitute in Mecklenburg-Vorpommern.

Institute von Fraunhofer, Helmholtz oder Steinbeis sind Keimzellen innovativer Produkte und von Unternehmensgründungen. An der Hochschule Wismar fehlt bislang eine solche Einrichtung. Dort vorhandene Kompetenzen in den Bereichen Holz oder Oberflächentechnik sind perspektivisch in Institute zu überführen. Bereits heute werden dort Holz-faser-Ersatzstoffe für bisher erdölgebundene Verpackungen hergestellt. Die Forschungs- und Entwicklungsleistungen der Hochschule im Bereich der Oberflächentechnologien sind z. B. in der Medizintechnik und im Brennstoffzellenbereich relevant.

Wir setzen uns dafür ein, die Bürgschaftsprogramme des Landes weiter fortzuführen.

Die Bürgschaftsprogramme unterstützen insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen finanzielle Risiken erfolgreich zu schultern. Damit werden Anreize gesetzt, Investitionen in der Region nachhaltig und ausgewogen finanziert anzuschieben und erfolgreich umzusetzen.

Wir fordern eine ausreichende Finanzierung der Innovationsfonds.

Die Bedarfe bei den Unternehmen zur Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen sind vorhanden. Es muss sichergestellt werden, dass die eingerichteten Fonds nachhaltig mit ausreichendem Kapital ausgestattet sind.

Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen für Wagniskapital zu verbessern.

Um Ideen umsetzen zu können, bedarf es ausreichender finanzieller Ressourcen. Diese sind nicht immer über die klassischen Finanzierungsquellen möglich. Daher muss häufig Wagniskapital eingesetzt werden. Die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen müssen sich dafür auf Länder- und Bundesebene weiter verbessern, um attraktive Lösungen für Wachstumsunternehmen entwickeln zu können.

Wir fordern praxisnahe Förderrichtlinien.

Die Ermessensräume bei den Förderrichtlinien müssen im Sinn der Unternehmensinvestitionen ausgestaltet sein. Die Förderkulisse sollte insbesondere für das verarbeitende Gewerbe weiter geöffnet werden. Des Weiteren sollten die Förderrichtlinien hinsichtlich ihrer praktischen Umsetzungsfähigkeit überprüft und wenn nötig angepasst werden.

Wir setzen uns für einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert von Unternehmensgründungen ein.

Die Anzahl der Unternehmensgründungen geht in Deutschland seit Jahren zurück. Dabei sind junge Unternehmen häufig die Keimzelle für innovative Entwicklungen. Innovative Ideen sind in erster Linie von den jeweiligen Köpfen abhängig. Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen spielen mit ihrem wissenschaftlichen Personal und neueren Forschungserkenntnissen eine besondere Rolle. Die Rahmenbedingungen, diese Potenziale auch in der Region umzusetzen, müssen weiter verbessert werden.



WIE ES IST

Der Außenhandel konnte in den vergangenen Jahren weiter gesteigert werden. Mit einem Außenhandelsvolumen von rund 12,4 Milliarden Euro wurde 2014 in Mecklenburg-Vorpommern der höchste Wert seit 1990 erzielt. Insbesondere die EU-Staaten, aber auch Russland, die Schweiz, die USA und China sind für das Land von hoher Bedeutung.

Der Handel mit anderen Staaten erschließt den regionalen Unternehmen neue Wachstumspotenziale bei Umsatz und Beschäftigung. Zudem wird die Abhängigkeit vom deutschen Binnenmarkt gesenkt. Internationale Freihandelsabkommen können der Wirtschaft neue Absatz- und Beschaffungsmärkte eröffnen. Allerdings erhöht sich mit der Öffnung der Märkte auch der internationale Wettbewerbsdruck, zeitnah auf Veränderungen zu reagieren. Daher ist es wichtig, die heimischen Unternehmen sowohl bei der Entwicklung von Innovationen, als auch beim Außenhandel zu unterstützen.

Die Wirtschaftsstruktur Mecklenburg-Vorpommerns ist vorrangig kleinteilig strukturiert. Gerade für diese kleinen und mittleren Unternehmen ist der Weg ins Ausland nicht leicht. In der Regel verfügen die Unternehmen nicht über die finanziellen und personellen Ressourcen, um die komplizierter werdenden Vorschriften einhalten zu können. Dabei spielen sowohl tarifäre als auch nicht tarifäre Handelshemmnisse eine wichtige Rolle. Die Einfuhrbestimmungen für den Waren- und Dienstleistungsaustausch unterscheiden sich

in den verschiedenen Zielländern. Jedoch wurden von der Europäischen Union mit einigen Drittstaaten bereits deutliche Erleichterungen erzielt. Dennoch belasten hohe Markteintrittsbarrieren und rechtliche Aspekte die kleinen und mittleren Unternehmen besonders schwer. Tendenziell zeichnet es sich im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht der EU ab, dass immer mehr in die Eigenverantwortung der Unternehmen abgegeben wird. Grundsätzlich ist dies zu begrüßen, jedoch bedeutet dies auch für die Wirtschaft ein höheres Risiko.

Die Industrie- und Handelskammern und die Auslands-handelskammern unterstützen als wichtige Partner die Unternehmen auf ihrem Weg internationale Märkte zu erschließen. Auch die Unternehmen der IHK zu Schwerin greifen in ihrer Arbeit auf diese Netzwerke zurück.

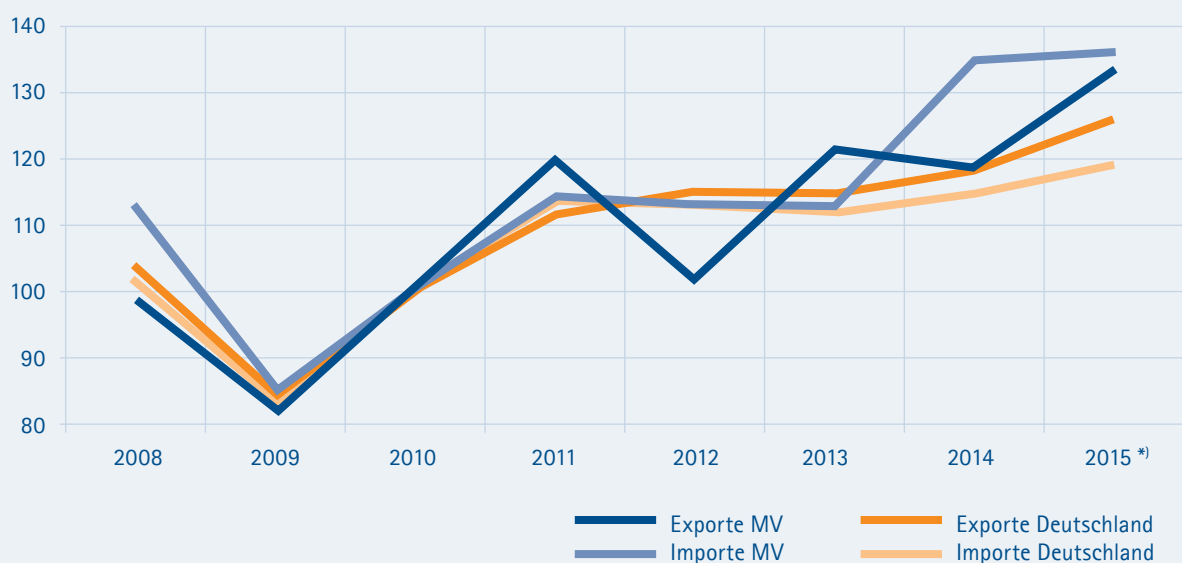


WAS ZU TUN IST

Wir fordern eine Reduzierung von Außenhandelshemmnissen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern gegenüber dem Bund und der Europäischen Union Erleichterungen im Außenhandel anstrebt. Unterschiedliche gesetzliche Regelungen in den Zielländern sollten soweit wie möglich vereinheitlicht werden, um die wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmen zu fördern. Protektionistische Tendenzen im Handel sollte entschlossen entgegengetreten

Entwicklung der Im- und Exporte in Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland (Basisjahr 2010)



*) Die Daten für Mecklenburg-Vorpommern zum Berichtsmonat Dezember 2015 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor und wurden näherungsweise bestimmt.

werden. Ein freier Waren- und Dienstleistungsverkehr ist die Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum und Wohlstand.

Wir setzen uns für die Harmonisierung des Außenwirtschaftsrechts ein.

Im Außenwirtschaftsrecht sind bei Anträgen auf exportrechtliche Bescheide und bei der allgemeinen Gestaltung des Exportkontrollrechts europäisch einheitliche Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen. Des Weiteren sollte das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die Exportkontrollprüfungen zeitnaher bearbeiten.

Wir setzen uns dafür ein, bestehende Kompetenzen zu nutzen.

Die Außenwirtschaftsförderung ist ein wichtiger Baustein der gesamten Wirtschaftspolitik des Landes, um das wirtschaftliche Profil Mecklenburg-Vorpommerns zu schärfen. Grundsätzlich ist die Außenwirtschaftsförderung in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern gut aufgestellt. Die bestehenden Kompetenzen sollten sich gegenseitig ergänzen, um unnötige Doppelstrukturen zu vermeiden. Die Instrumente zur Außenwirtschaftsförderung sollten auf Ebene der Europäischen Union abgestimmt werden.

Wir fordern eine Fortführung flexibler Förderstrukturen.

Die internationalen Märkte durchlaufen einen ständigen Wandel. Die Förderungen durch Bund und Land, wie einzelbetriebliche Messseförderungen und Beratungsförderungen für KMU, sollten weiterhin flexibel gestaltet werden, um den Unternehmen die Möglichkeit zu erhalten, zeitnah auf Marktveränderungen reagieren zu können.



WIE ES IST

Die Energiewende ist eine der größten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich Deutschland je gestellt hat. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 mindestens 80 Prozent des Bruttostromverbrauchs über Erneuerbare Energien abzudecken. Mit der gewonnenen Strommenge, die das Land Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2014 produziert hat, kann der Strombedarf im Land vollständig abgedeckt werden. Das Ziel der Bundesregierung ist in Mecklenburg-Vorpommern damit bereits heute erreicht. Im bundesdeutschen Durchschnitt wurden 2014 nur rund 28 Prozent des Bruttostromverbrauchs über Erneuerbare Energien erzielt.

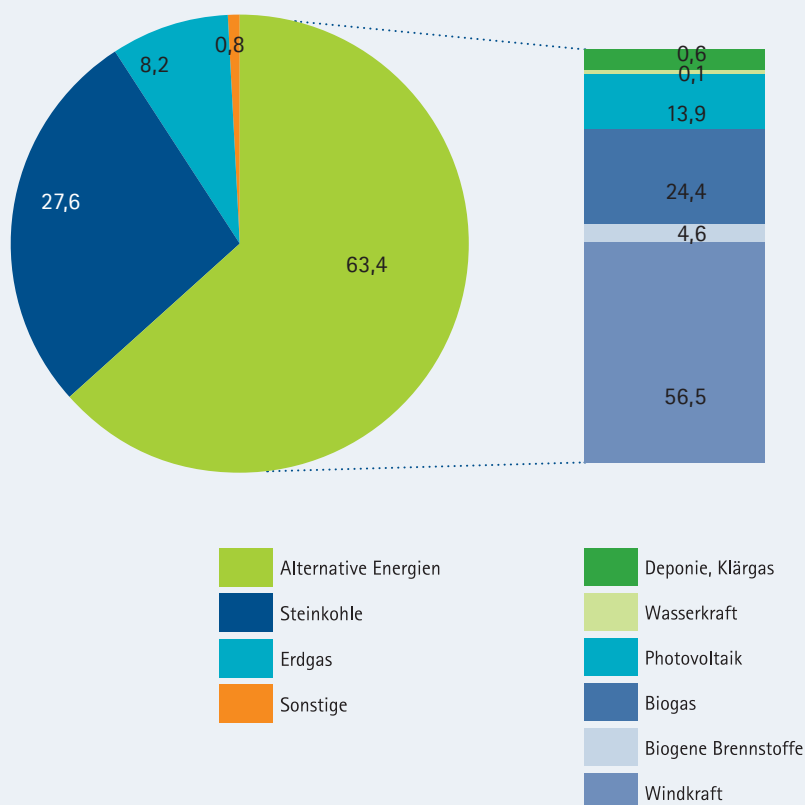
Insgesamt wird in Mecklenburg-Vorpommern mehr elektrischer Strom erzeugt als verbraucht. Rund 12 Terawattstunden wurden 2013 erzeugt, aber nur rund 7 Terawattstunden davon wurden im Land auch benötigt. Mecklenburg-Vorpommern ist damit ein leistungsfähiger Exporteur von Energie.

Die Erneuerbaren Energien sind für Mecklenburg-Vorpommern zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig geworden. Die Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) weist für das Land einen Anteil von 22,7 Beschäftigten je 1.000 Beschäftigte aus (Deutschland=9,7). Damit wird die Bedeutung der Erneuerbaren Energie für Mecklenburg-Vorpommern auch im volkswirtschaftlichen Kontext deutlich.

Die Windenergie ist in Westmecklenburg einer der wichtigsten erneuerbaren Energieträger. Die Branche bietet in der Region viele gewerbliche Arbeitsplätze. Die Anteile von Biogas, Biomasse und Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung sind in den vergangenen Jahren ebenfalls angestiegen. Zudem verfügt das Land über außergewöhnlich gute Bedingungen bei der Geothermie.

Strom aus erneuerbaren Energien wird zunehmend dezentral und nicht in großen Kraftwerken erzeugt. Die Einspeisung des Stroms erfolgt in Abhängigkeit vom Vorhandensein des jeweiligen Energieträgers (Wind, Sonne, etc.). Dadurch entstehen für die Netzinfrastruktur neue Herausforderungen, eine optimale Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Stromerzeugung in Mecklenburg-Vorpommern, 2014 (in Prozent)





WAS ZU TUN IST

Wir fordern einen zügigen Netzausbau.

Die Energieerzeugung wird zunehmend dezentraler und volatiler. Die Netzinfrastruktur muss an diese neuen Anforderungen angepasst werden. Um eine optimale Versorgungssicherheit zu gewährleisten, ist ein rascher Netzausbau zu voranzutreiben. Der Nord-Süd-Verbindung kommt dabei eine besondere Rolle zu. In der öffentlichen Wahrnehmung muss eine breite Akzeptanz erreicht werden, dass der Netzausbau eine hohe Priorität für Wirtschaft und Gesellschaft hat.

Wir setzen uns für eine praxisorientierte Überprüfung der Regelungen ein.

Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) und die Anpassung des Energiewirtschaftsgesetzes haben die Voraussetzungen für vereinfachte und beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Energieinfrastrukturmaßnahmen geschaffen. Bei der Anwendung dieser Gesetze sollte die tatsächliche Wirkung überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Wir fordern eine faire Verteilung der Netzausbaukosten.

Der notwendige Ausbau der Energieinfrastruktur und das nachfolgende Netzmanagement verursachen Kosten, die regional unterschiedlich anfallen. Der Netzausbau darf jedoch nicht zu regionalen Standortnachteilen führen. Die Kosten müssen auf alle Spannungsebenen im gesamten Bundesgebiet aufgeteilt werden. Eine Abstimmung mit den Ausbau- und Wartungsarbeiten bei Straßen, Gas- und Wasserleitungen reduziert die entstehenden Kosten deutlich.

Wir fordern die Erforschung und Anwendung innovativer Energietechnologien.

Um die Netzintegrität nicht zu gefährden wird ein effizientes Energiemanagement benötigt, das den Energiefluss von der Erzeugung über die Speicherung und Transport bis zum Verbrauch steuert (smart grids). Verschiedene innovative Technologien werden dazu benötigt. Die Erforschung, Entwicklung und Anwendung technologischer Lösungen z. B. im Bereich der Speicher- und Brennstoffzellentechnik muss vorangetrieben werden. Für die Unternehmen in Westmecklenburg bietet sich hier eine weitere Chance, neue Marktpotenziale zu erschließen. Der Bereich der Wärmeenergie bietet zudem die größten Einsparpotenziale. Um die langfristigen Klimaschutzziele zu erreichen, sind hier deutliche Anstrengungen notwendig, die für die Unternehmen eine weitere wirtschaftliche Chance bedeuten können. Die Kompetenzen der Hochschule Wismar sind nachhaltig einzubeziehen.

Wir setzen uns dafür ein, die regionalen Kompetenzen besser zu kommunizieren.

Die vorhandenen Kompetenzen der regionalen Energiewirtschaft können über die Grenzen des Landes hinaus

vermarktet werden. In den Bereichen Erneuerbare Energien, Netzinfrastruktur und Speichertechnik, aber auch beim Rückbau energetischer Altlasten, stehen in Mecklenburg-Vorpommern hochqualifizierte Kompetenzträger zur Verfügung.

Wir setzen uns für einen sachlich geführten Dialog in der Energiepolitik ein.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien bedarf einer breiten Akzeptanz in der Gesellschaft. Wir treten dafür ein, einen sachorientierten Dialog mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen zu führen. Der gemeinsame Austausch sachlicher Argumente ist die Grundlage zur Entwicklung anerkannter Lösungen.

Wir setzen uns für den Ausbau der Elektromobilität ein.

Um den Ausbau der Elektromobilität schneller voranzutreiben, sollte die Förderkulisse angepasst werden. Steuerliche Erleichterungen für Unternehmen gehören hier ebenso dazu, wie die Bereitstellung kostenfreier Parkmöglichkeiten und die Gewährleistung leistungsfähiger Versorgungsstrukturen im öffentlichen Raum.



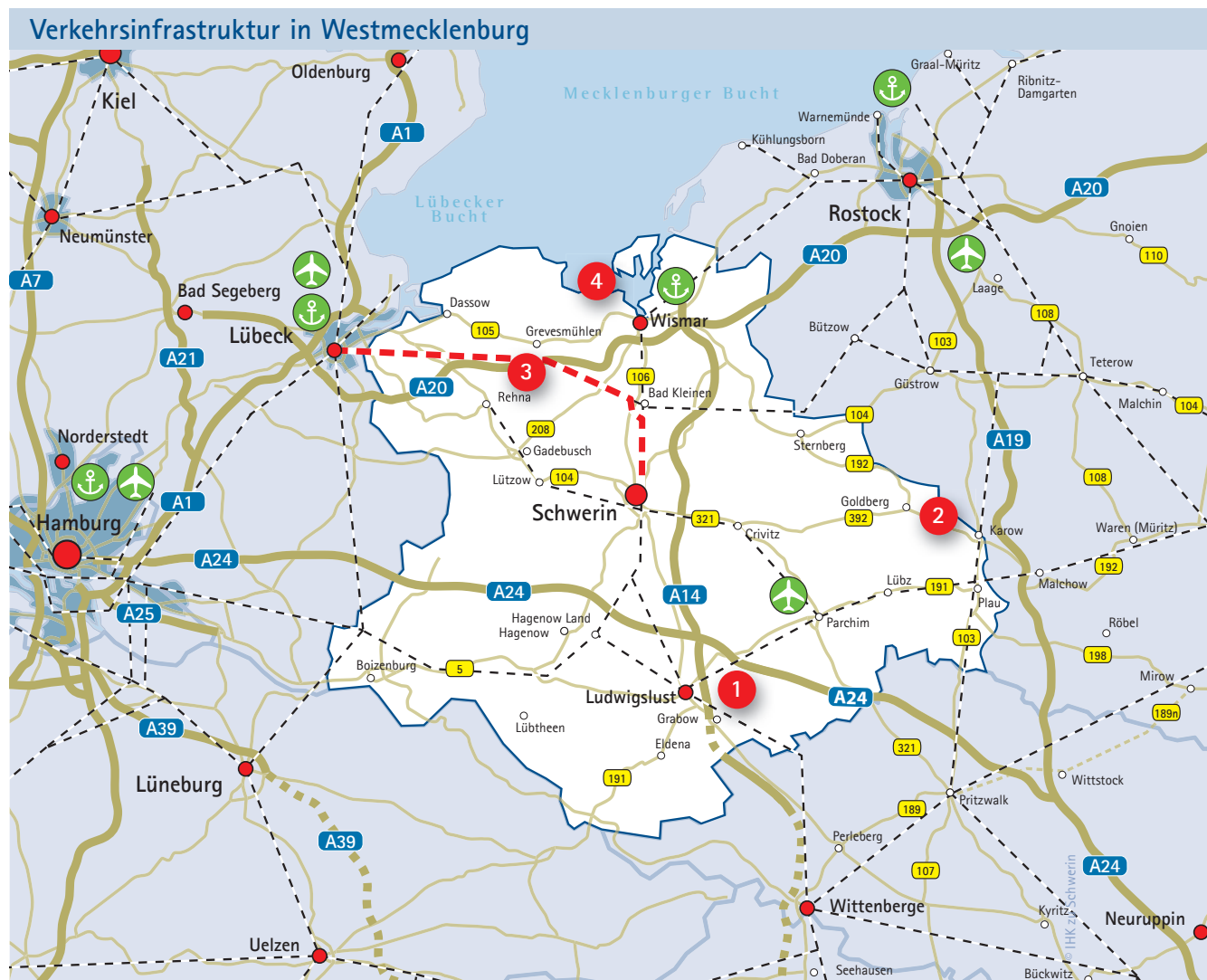
WIE ES IST

Die Verkehrsinfrastruktur in Westmecklenburg wurde in den letzten Jahren erheblich modernisiert und ausgebaut. Die Region ist verkehrsgünstig an die wichtigen Wirtschafts-, Logistik- und Absatzzentren angeschlossen. Westmecklenburg ist ein bedeutendes Verbindungsglied zwischen den großen Nord-Süd- und West-Ost-Korridoren. Die leistungsfähige Infrastruktur ist damit ein Garant für eine hohe Standortattraktivität im internationalen Wettbewerb. Immer mehr Transporte werden über Westmecklenburg durchgeführt. Entlang der großen Verkehrsachsen und wichtigen Knotenpunkte konnten Unternehmensansiedlungen und damit neue Wertschöpfungszentren entwickelt werden.

Mit Mitteln der EU, des Bundes und des Landes konnten Investitionen in die Modernisierung und in den Ausbau von Bahnstrecken, Fernstraßen und dem Ostseehafen Wismar getätigt werden. Sie sind nicht nur die Grundlage für eine

hohe Lebensqualität, sondern auch die Voraussetzung für einen prosperierenden Wirtschaftsstandort. Gerade in den Sommermonaten sind die Verkehrswege besonders belastet. Sie sind die lebenswichtigen Schlagadern für Tourismus, Handel und verarbeitendes Gewerbe in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Flug- und Seehäfen in Mecklenburg-Vorpommern sind national wie international bedeutende Brückenköpfe für den Handel mit Skandinavien, Russland, dem Baltikum und der Welt. Die gesamte Wirtschaft des Bundeslandes und darüber hinaus profitieren von diesen leistungsfähigen Schnittstellen. Der Bund prognostiziert bis zum Jahr 2030 einen Anstieg des Umschlags von 26 Millionen Tonnen (2010) auf über 34 Millionen Tonnen für die Häfen im Land. Der Flughafen Schwerin-Parchim ist für Westmecklenburg ein bedeutender Standortfaktor mit großen Potenzialen für die regionale Wirtschaft. Des Weiteren haben sich die hafennahen Gewerbegebiete in den vergangenen Jahren zu bedeutenden Industriestandorten mit mehreren tausend Arbeitsplätzen entwickelt.



Es zeigt sich jedoch auch, dass die Verkehrsinfrastruktur vielerorts an seine Leistungsgrenze angelangt ist. Ein Großteil der Auto- und Eisenbahnbrücken ist marode. Viele Landes-, Kreis- und Kommunalstraßen sind sanierungsbedürftig. Die Anforderungen an das Schienennetz an einen bedarfs- und qualitätsgerechten Ausbau steigen weiter an. Ein weiterer Substanzverzehr darf im Hinblick zukünftiger Standortqualität und Wettbewerbsfähigkeit nicht zugelassen werden.

Zur Infrastruktur zählt ebenso der Zugang zu einem leistungsfähigen Internetanschluss. Wirtschaftliche Tätigkeit und unternehmerischer Erfolg vieler Branchen sind in den vergangenen zwei Dekaden stark von der digitalen Anbindung an das globale Netz abhängig geworden. Die Breitbandanbindung in den urbanen Zentren des Landes hat sich deutlich verbessert. Dennoch ist eine flächendeckende Versorgung im Raum bisher nicht erreicht worden. Das Internet bietet den ländlichen Regionen Chancen im Bereich medizinischer Versorgung, Bildung, regionaler Teilhabe am globalen Geschehen und bildet die Grundlage für eine weitere positive Entwicklung der Wertschöpfung.



WAS ZU TUN IST

Wir fordern die Sicherstellung eines gut ausgebauten leistungsfähigen Verkehrsnetzes.

Der Ausbau, der Erhalt und die Finanzierung von Verkehrsnetzen für eine leistungsfähige Infrastruktur sind zu gewährleisten. Die Bundesregierung prognostiziert im Güterverkehr ein Wachstum von 38 Prozent bis zum Jahr 2030. Im Personenverkehr werden mehr als 12 Prozent erwartet. Die Unternehmen benötigen Planungs- und Investitionssicherheit. Deshalb sind die Revision der Bundesverkehrswegeplanung und die Schaffung von geschlossenen Finanzierungskreisläufen unabhängig von Haushaltsbeschlüssen des Bundes eine zielführende Alternative, die mit geeigneten Rahmenbedingungen entwickelt werden muss. Des Weiteren müssen die Bundesländer mittel- und langfristige die Bereitstellung von Planungskapazitäten absichern.

Wir setzen uns für einen integrierten Landesverkehrsplan ein.

Mit der Erarbeitung eines integrierten Landesverkehrsplanes wird die Grundlage für eine ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Verkehrspolitik gelegt. Die Leistungsfähigkeit der Verkehrswege muss erhalten bleiben und in verschiedenen Netzabschnitten ausgebaut werden. Zudem müssen bedarfsgerechte Verkehrsangebote entwickelt und bereitgestellt werden. Dazu zählt die Verbesserung des Bahn- und ÖPNV-Angebotes, insbesondere auf den Hauptlinien, und die überregionale Bahnanbindung.

Wir fordern den weiteren zügigen Ausbau wichtiger Infrastrukturprojekte.

Die Fertigstellung der Bundesautobahn 14 zwischen Schwerin und Magdeburg ist im Bereich der Straßeninfrastruktur

eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte ¹. Die A 14 erschließt Entwicklungspotenziale für Regionen, die bisher abseits großer Fernverbindungen lagen. Sie ist zudem ein wichtiger Bestandteil einer leistungsstarken Hinterlandanbindung für die Seehäfen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein und darüber hinaus auch für die feste Fehmarnbelt-Querung.

Die Bundesstraße 192 ist im Bereich der Straßenverkehrsinfrastruktur ebenfalls von hoher Bedeutung. Als wichtige Ost-West-Trasse in Mecklenburg-Vorpommern verbindet sie die Landeshauptstadt Schwerin mit dem Oberzentrum Neubrandenburg. Der Ausbau der B 192 ist dringend erforderlich, da die A 20 nur eine eingeschränkte Wirkung bei der Erschließung des südlichen Landesteiles entfaltet ².

Im Schienennetz hat die Ausbaustrecke VDE 1 Lübeck – Bad Kleinen (zweigleisig, elektrifiziert), mit dem Neubau eines Gleisbogens bei Bad Kleinen oberste Priorität ³.

Des Weiteren müssen bedarfsgerechte Angebote im Personennah- und -fernverkehr sichergestellt werden. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es wichtig, die ländlichen Regionen mit den zentralen Orten zu verknüpfen.

Die Verbesserung der Hinterlandanbindung im Straßen- und Schienennetz ist ebenfalls für die Ostseehäfen von hoher Bedeutung. Für den Seehafen Wismar ergeben sich dadurch weitere Entwicklungspotenziale. Die Ausweisung von geeigneten Erweiterungsflächen für Unternehmen in Hafennähe muss für eine hohe Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden. Zudem sollte die seewärtige Zufahrt zum Hafen Wismar vor dem Hintergrund zunehmender Schiffgrößen auf 11,5 Meter vertieft werden ⁴.

Wir fordern die zeitnahe Errichtung der festen Fehmarnbelt-Querung.

Die feste Fehmarnbelt-Querung wird der Wirtschaft in Norddeutschland neue Wachstums- und Beschäftigungsimpulse geben. Mit dem Dreieck Kopenhagen-Hamburg-Berlin entstehen für die Unternehmen neue wirtschaftliche Chancen. Die Fehmarnbelt-Querung stellt die kürzeste Verbindung zwischen der Hansestadt Hamburg und der dänischen Hauptstadt Kopenhagen dar. Die Standortattraktivität der angrenzenden Regionen und damit auch Westmecklenburgs wird mit diesem Bauprojekt deutlich gesteigert. Die Region wird als Verkehrsdrehscheibe zwischen Ostsee und Mittelmeer für Investoren zunehmend attraktiver. Ihre volle Wirkung kann die feste Querung jedoch nur mit einer leistungsfähigen Hinterlandanbindung entfalten.

Wir setzen uns für den Luftverkehrsstandort Mecklenburg-Vorpommern ein.

Der Passagier- und Frachtflug hat im internationalen Wirtschaftsgeschehen erheblich an Bedeutung gewonnen. Für die Unternehmen ist eine zeitnahe Erreichbarkeit im Geschäfts- und Tourismusverkehr ein entscheidender Wettbewerbs- und Standortfaktor. Das Luftverkehrskonzept sollte auf Grundlage des Gutachtens zum Norddeutschen

Luftverkehrskonzept überarbeitet werden. Mit dem Flughafen Schwerin-Parchim steht in Westmecklenburg eine Infrastruktur mit internationaler Ausrichtung und erheblichen Potenzialen zur Verfügung. Die straßenseitige Verkehrsanbindung des Flughafens muss ausgebaut werden.

Wir setzen uns für eine ausreichende Ausstattung der Regionalisierungsmittel ein.

Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Mecklenburg-Vorpommern muss mittel- und langfristig durch ausreichende Finanzmittel sichergestellt werden. Das Land muss sich gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass die Regionalisierungsmittel attraktive Angebote in der Region ermöglichen.

Wir setzen uns für eine Stärkung des Verkehrsgewerbes ein.

Die Unternehmen der Verkehrs- und Logistikbranche stehen in einem harten internationalen Wettbewerb. Zunehmende Kosten durch steigende Steuer- und Abgabenbelastungen wirken sich negativ auf ihre Wettbewerbsfähigkeit aus. Ein zukunftsfähiges Verkehrsgewerbe bedarf einer verkehrsträger- und technologieoffenen Politik. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, müssen notwendige Regelungen und Maßstäbe international angewendet werden.

Wir setzen uns für eine zukunftsfähige Mobilität ein.

Eine nachhaltige und bedarfsgerechte Verkehrspolitik ist zur Erreichung der Klimaschutzziele von Bund und EU unerlässlich. Dazu gehören insbesondere Antriebssysteme, die nicht auf fossile Energieträger zurückgreifen. Diese neuen Technologien stellen anderweitige Anforderungen an die Versorgungsinfrastruktur. Um besonders hoch belastete Verkehrsnetze zu entlasten, sind Verkehrsmanagementsysteme notwendig, die die Verkehrsflüsse effizienter regeln. Ein weiterer Baustein ist der Ausbau des Radverkehrsnetzes. Eine ökologisch nachhaltige und ökonomisch sinnvolle Lösung setzt an einer Verzahnung verschiedener Verkehrsträger an und optimiert ihre Übergänge.

Wir setzen uns für den gezielten Ausbau der touristischen Infrastruktur ein.

Die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns wird zu einem großen Teil vom Tourismus getragen. Neben guten Verkehrswegen ist für den Tourismus auch eine leistungsfähige Infrastruktur unabdingbar. Der Ausbau der Rad- und Wanderwege ist dabei genauso voranzutreiben, wie die wassertouristische Infrastruktur. Diese Maßnahmen sind zudem ein Baustein für die Weiterentwicklung eines naturnahen Tourismus, bei dem Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung im Einklang stehen. Die touristischen Angebote und Infrastrukturen müssen stärker miteinander vernetzt werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Die Elektromobilität bietet für die touristische Nutzung weitere Potenziale zur Herausbildung innovativer Angebote und intensiverer Vernetzung.

Wir setzen uns für praktikable Lösungen beim Breitbandausbau ein.

Ein Breitbandanschluss mit hohem Datenvolumen ist für die wirtschaftliche Tätigkeit von Unternehmen von sehr hoher Bedeutung. Während die urbanen Räume mittlerweile gut angeschlossen sind, ist der Ausbau in den ländlichen Räumen ins Stocken geraten. Ein Breitbandanschluss wird jedoch auch in der Fläche benötigt, um den hier ansässigen und zukünftigen Unternehmen eine wettbewerbsfähige Infrastruktur für ihre weitere positive Entwicklung bieten zu können. Die digitale Vernetzung und Industrie 4.0 müssen auch für die Unternehmen in den ländlichen Regionen möglich sein.



WIE ES IST

Eine effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung ist ein wesentlicher Standortfaktor für Unternehmen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern und die IHK zu Schwerin konnten in den vergangenen Jahren den Bürokratieabbau positiv begleiten. Das „Übereinkommen für bürger- und wirtschaftsfreundliche Verwaltungsverfahren“ zwischen Landesregierung, Landkreisen, kreisfreien Städten und Kammern hat die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Westmecklenburg gesteigert. Dennoch gibt es immer noch viele Informations- und Berichtspflichten sowie langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, die die Unternehmen belasten. Die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin hat daher zusammen mit der Landeshauptstadt Schwerin einen Fragebogen bezüglich aller Genehmigungsverfahren der Stadt Schwerin erarbeitet. In Zukunft sollen die Erfahrungen der Bürger und Unternehmer mit der Stadtverwaltung ausgewertet werden, um die Abläufe transparenter zu gestalten und die Zufriedenheit zu erhöhen.

Die notwendigen Aufwendungen, die durch Bürokratie entstehen, verursachen hohe Kosten und binden wichtige Unternehmensressourcen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind davon überproportional betroffen.

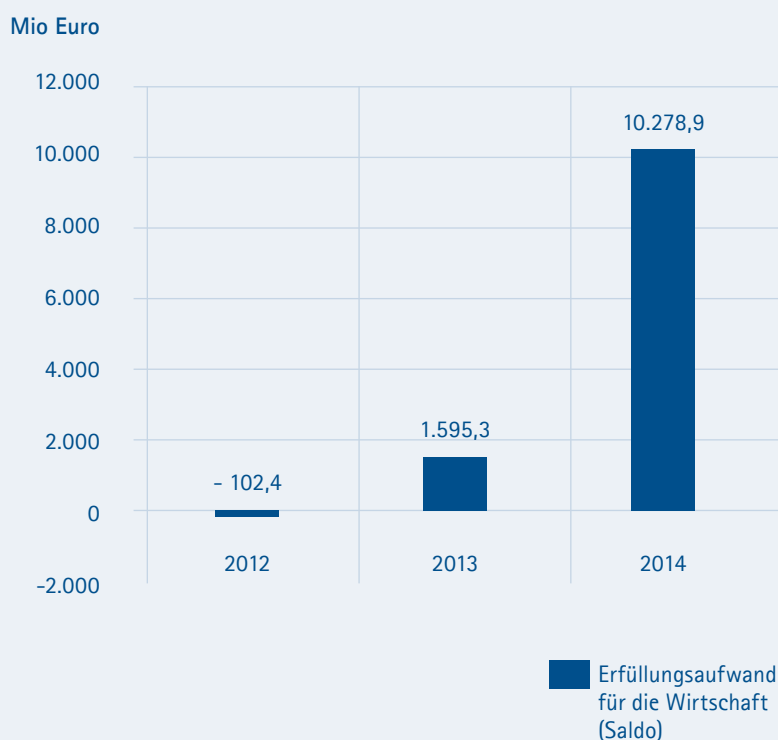
Das unternehmerische Handeln wird eingeschränkt und erschwert auch Gründern den Eintritt in den Markt.

Mit den Dokumentationspflichten und Vorschriften zum gesetzlichen Mindestlohn, der zum 1. Januar 2015 in Kraft trat, sind den Unternehmen zusätzliche Kosten entstanden. Ein erster wichtiger Schritt war die Neufassung der Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung zum 1. August 2015, die durch die Lockerung der Aufzeichnungspflichten Erleichterungen für die Arbeitgeber brachte. Dennoch bleiben die Kosten, gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen, sehr hoch.

Auf Grundlage der EU-Dienstleistungsrichtlinie alle Verwaltungsabläufe elektronisch zu erfassen und abzuwickeln, tritt seit dem 1. August 2013 das E-Government-Gesetz schrittweise in Kraft. Die Verwaltungsverfahren sollen auf Basis der elektronischen Verarbeitung einfacher und effizienter gestaltet werden. Zudem werden Kommunikation, Publikationspflichten und elektronische Nachweise digital aufbereitet und bereitgestellt. Die IHK zu Schwerin wird dieser Verpflichtung ebenfalls nachkommen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern musste seit 2006 keine neuen Schulden aufnehmen. Das Land konnte sowohl die Gesamt- als auch die Pro-Kopf-Verschuldungen in den

Entwicklung des jährlichen Erfüllungsaufwandes in Mio Euro, Deutschland



© IHK zu Schwerin, Quelle: Statistisches Bundesamt 2015, eigene Darstellung, Nationaler Normenkontrollrat

letzten Jahren senken. Gerade auch im Hinblick auf die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, dem Rückgang der EU-Fördermittel und der geplanten Neuausrichtung des Solidarzuschlages, ist diese Entwicklung zu begrüßen. Dennoch bleibt die finanzpolitische Situation bei den Kommunen weiter angespannt. Eine gemeinsame Lösung ist notwendig, um die Finanzkraft der Region nachhaltig stabil zu halten.

Die gute finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte der letzten Jahre darf nicht darüber hinweg täuschen, dass das deutsche Steuersystem weiterhin einer Überprüfung bedarf. Die finanziellen Anreize für Innovationen, Investitionen und Unternehmensanierungen sind nicht auf die Belange der Unternehmen ausgerichtet. Insbesondere die Erbschaftsteuer muss realitäts- und praxisgerecht ausgestaltet sein. Gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen ist eine langfristige Planungssicherheit für ihre wirtschaftliche Entwicklung sehr wichtig.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden zudem immer komplexer. Die vielschichtigen Gesetze, Verordnungen und Vorschriften verschiedener politischer Ebenen sind vor allem für kleine und mittlere Unternehmen kaum zu erfassen und umzusetzen. Sie werden durch diese Entwicklung unverhältnismäßig stark gegenüber anderen Regionen benachteiligt. Die IHK zu Schwerin hat daher mit verschiedenen Partnern einen Leitfaden zur Mittelstandsfreundlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Der Leitfaden richtet sich an die Mitarbeiter der Landes- und Kommunalverwaltung, die mit Rechtsvorschriften oder in Verwaltungsverfahren arbeiten, die sich an kleine und mittelständische Unternehmen richtet. Es soll das Bewusstsein für die Belange des Mittelstands gestärkt und dazu beigetragen werden, bürokratische Hemmnisse möglichst gering zu halten sowie bestehende Hemmnisse abzubauen.



WAS ZU TUN IST

Wir setzen uns für eine realitätsnahe, eindeutige und transparente Gesetzgebung ein.

Das unternehmerische Handeln darf nicht durch übermäßige Regelungen belastet werden. Im Dialog mit der Wirtschaft sollte die Gesetzgebung überprüft und gemeinsam Lösungen entwickelt werden. Die Regularien von der kommunalen bis zur europäischen Ebene erfordern eine ständige Evaluation. Die Gesetzgebung muss den Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit gewährleisten. Langfristige Investitionsentscheidungen brauchen eine verlässliche Planungsgrundlage, um ihr volles Potenzial entwickeln zu können.

Wir setzen uns dafür ein, E-Government einheitlich voranzubringen.

Die Umstellung von Verwaltungsdienstleistungen in elektronischer Form muss auf allen föderalen Ebenen auf Grundlage einheitlicher Standards erfolgen. Die Unternehmen sollten verstärkt über die bestehenden Angebote informiert

werden. Die digitalen Angebote müssen auf Möglichkeiten ihrer Vereinfachung und Handhabbarkeit überprüft werden. Auf Bundesebene ist die Vereinfachung der Arbeitsabläufe von Behörden durch die Nutzung digitaler Verfahren vorgesehen. Dieses sogenannte Normenscreening muss auch auf Landesebene verwirklicht werden. Es sind Alternativen zu bestehenden Schriftformerfordernissen zu finden. Ziel muss eine einfachere Kommunikation für alle Beteiligten sein.

Wir fordern eine praxisnahe Ausgestaltung des Arbeitsmarktes.

Soziale Sicherung und wirtschaftlicher Erfolg bedingen sich gegenseitig. Zwischen ihnen muss eine praxisnahe Balance gefunden werden, um auch ein hohes Maß an Beschäftigung leisten zu können. Berichts- und Dokumentationspflichten, wie z. B. für den Mindestlohn, müssen weiter den Bedingungen einer realistischen Umsetzbarkeit angepasst werden. Insbesondere die Haftungsverhältnisse müssen für die Unternehmen eindeutig geregelt werden.

Wir setzen uns für eine Überprüfung des Insolvenzrechts ein.

Die Anfechtungsvoraussetzungen im Insolvenzverfahren sollten konkretisiert werden. Rechtshandlungen müssen im Insolvenzverfahren zwar anfechtbar sein, wenn mit Schädigungsabsicht zum Nachteil übriger Gläubiger gehandelt wird. Die gesetzlichen Regelungen müssen aber zugleich so gefasst werden, dass Unternehmen künftig rechtsicher Absprachen, z. B. über Ratenzahlungen oder zur Zwischenfinanzierung, treffen können. Denn häufig wird eine drohende Insolvenz überhaupt erst abgewendet, wenn Gläubiger ihren Geschäftspartnern auf diesem Weg ermöglichen, vorübergehende, z. B. saisonbedingte, Engpässe zu überbrücken.

Wir fordern ein wettbewerbsfähiges und transparentes Steuersystem.

Das deutsche Steuersystem muss sowohl verständlich als auch international wettbewerbsfähig sein. Die Regelungen und ihre Anwendungen müssen nachvollziehbar und unkompliziert ausgestaltet sein. Für das unternehmerische Handeln sind ein bürgerfreundliches und zeitnahe Besteuerungsverfahren ebenso wichtig, wie mehr Pauschalisierungen im Steuerrecht und weniger bürokratischer Aufwand. Anreize zu Investitionen und Innovationen sollten verstärkt über entwicklungsfreundliche Steuerregelungen umgesetzt werden. Eine aufkommensneutrale Behebung von Defiziten im Steuersystem ist gerade bei den Unternehmenssteuern erforderlich. Ebenfalls sollte das Steuerverfahrensrecht modernisiert werden. Das betrifft insbesondere eine beschleunigte Betriebsprüfung, eine zeitnahe Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung, eine Anpassung der Berichtungsvorschriften sowie eine praxisnahe elektronische Buchführung und Datenübermittlung.

Wir fordern eine mittelstandfreundliche Erbschaftsteuer.

Der deutsche Mittelstand ist durch die Familienunternehmen geprägt. Für sie ist der Übergang zur nächsten

Generation ein entscheidendes Schlüsselmoment für ihre zukünftige Entwicklung. Jedes Jahr werden in Deutschland 27.000 Unternehmen an die nachfolgende Generation übertragen. Der Verschonung des Betriebsvermögens kommt bei der Neufassung der Erbschaftssteuer eine besondere Bedeutung zu. Die Ausgestaltung muss sich danach richten, dass der Generationswechsel nicht durch finanzielle und bürokratische Hürden erschwert wird.

Wir fordern die Abschaffung der Gewerbesteuer und eine angemessene kommunale Finanzausstattung.

Die Abhängigkeit der kommunalen Haushalte von der konjunkturellen Entwicklung sollte reduziert werden. Die Gewerbesteuer in ihrer derzeitigen Form sichert den Städten und Gemeinden keine verlässliche Finanzierungsquelle. Die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin setzt sich auch weiterhin für die völlige Abschaffung der Gewerbesteuer ein, wobei den Gemeinden andere Steueranteile als Äquivalent zugestanden werden müssen. Eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen sichert ihre Leistungsfähigkeit und stärkt dauerhaft ihre Attraktivität als Wohn- und Arbeitsstandort. Zudem stellt die Gewerbesteuer im internationalen Kontext einen bedeutenden Wettbewerbsnachteil dar.

Wir fordern den Abbau von versteckten Steuerbelastungen.

Versteckte oder strukturell bedingte Steuererhöhungen (z. B. Steuerprogression) dürfen nicht zu einer weiteren Belastung für die kleinen und mittelständischen Unternehmen oder ihren Fachkräften führen. Der Abbau dieser Belastungen darf jedoch nicht durch weitere offene oder versteckte Steuererhöhungen konterkariert werden. Die Entlastung muss dauerhaft sein, um damit die Ressourcen für die unternehmerischen Kernaufgaben nutzen zu können.

Wir setzen uns für eine effiziente Arbeitsmarktpolitik ein.

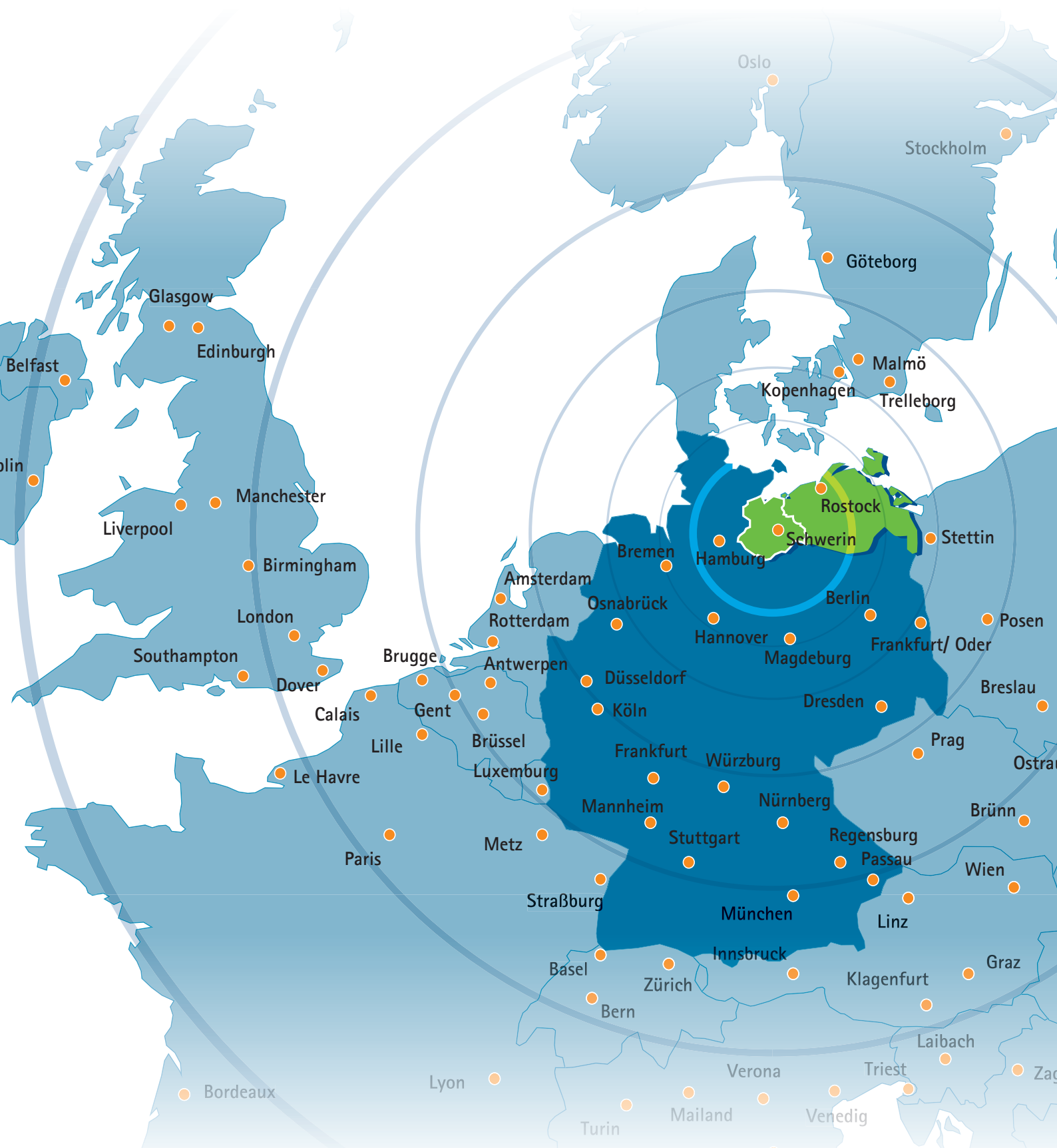
Hohe finanzielle und bürokratische Aufwendungen belasten die Unternehmen und hemmen das Potenzial eines weiteren Beschäftigungsaufbaus. So sollten die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung vom Arbeitseinkommen entkoppelt werden. Ein lohnunabhängiger Arbeitnehmerbeitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung, die Festschreibung des Arbeitgeberanteils und die Ergänzung der Pflegeversicherung durch eine kapitalgedeckte Vorsorge führen zu einer Erhöhung der Effizienz. Die Regelungen zum gesetzlichen Mindestlohn müssen überprüft werden. Im Hinblick auf den zunehmenden Fachkräftemangel sollte auch der Übergang zur Rente flexibler als bisher gestaltet werden. Auf Grund einer höheren Lebenserwartung ist auch das Renteneintrittsalter den Gegebenheiten anzupassen. Die Beitragslasten der Unternehmen für die Sozialversicherungssysteme lassen sich somit reduzieren. Darüber hinaus ist eine grundsätzliche Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu begrüßen. So sollten flexible arbeitsmarktpolitische Instrumente wie Werkverträge und Leiharbeit auch weiterhin bestehen bleiben und nicht in ihrer Funktion eingeschränkt werden, damit Unternehmen zeitnah auf Marktveränderungen reagieren können.

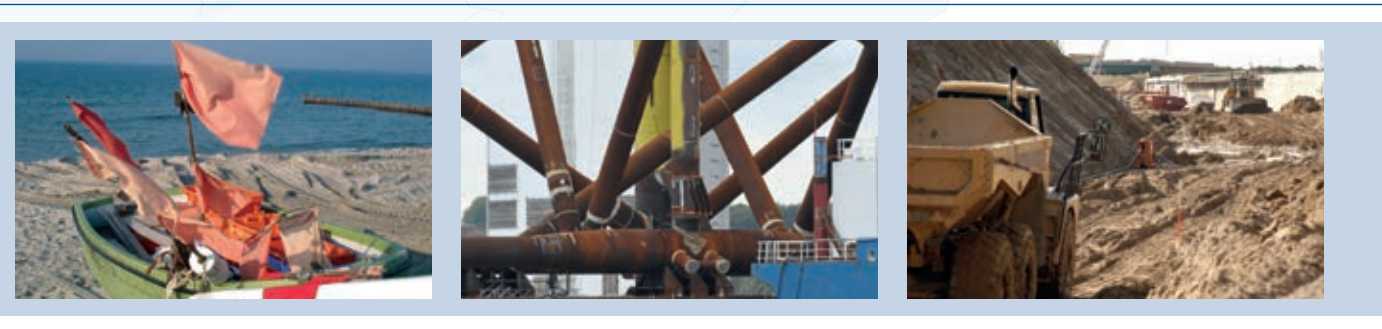
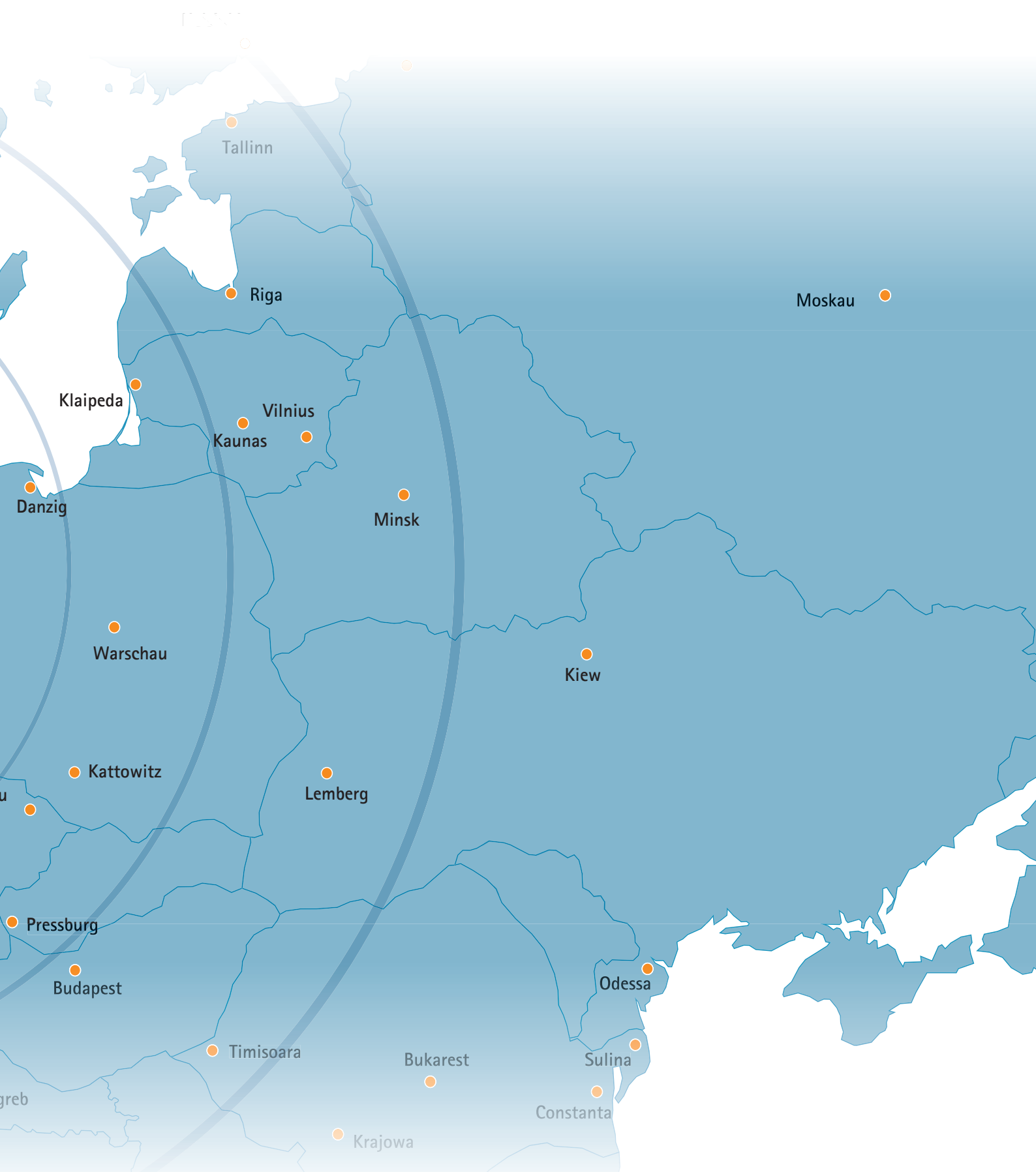
Wir setzen uns für eine wirtschaftsfreundliche Finanzverwaltung ein.

Wir begrüßen, dass das von uns geforderte Dienstleistungskonzept einer bürger- und wirtschaftsfreundlichen Finanzverwaltung in allen Finanzämtern in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt wurde. Wir setzen uns für die weitere Fortschreibung dieser Entwicklung ein.

Wir begleiten die Neuausrichtung eines fairen Länderfinanzausgleichs.

Der Ausgleichsmechanismus zwischen den Ländern verfolgt das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Mit der geplanten Neuregelung der Finanzbeziehung 2019 sollte dieser Umstand weiterhin berücksichtigt werden. Eine geringe Steuerkraft der ostdeutschen Länder und Kommunen wird aller Voraussicht nach auch dann noch Realität sein. Gemeinsam müssen alle Beteiligten eine Bemessungsgrundlage finden, die einen angemessenen Handlungsspielraum zulässt. Die Konsolidierung der Haushalte und die Überprüfung der öffentlichen Ausgaben bleiben für alle Bundesländer wichtige Aufgaben. Das Land Mecklenburg-Vorpommern kann dabei bereits auf eine positive Entwicklung verweisen.







IMPRESSUM

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer zu Schwerin
Ludwig-Bölkow-Haus
Graf-Schack-Allee 12, 19053 Schwerin
Telefon 0385 5103-0, Telefax 0385 5103-999
info@schwerin.ihk.de, www.ihkzuschwerin.de

Gestaltung

PEEPERKORN | Agentur für visuelle Kommunikation
www.peeperkorn.de

Fotos

Rainer Sturm, www.pixelio.de (Seite 2, 1. Foto von links)
Paul-Georg Meister, www.pixelio.de (Seite 2, 2. Foto von links)
berc, www.fotolia.com (Seite 3, 3. Foto von links)
Andreas Hermsdorf, www.pixelio.de (Seite 28, 1. Foto von links)
übrige Fotos: IHK zu Schwerin

Erscheinungsdatum

Februar 2016



Für die Wirtschaft der Region

- Aus- und Weiterbildung
- Unternehmensförderung
- Interessenvertretung
- Verkehr und Logistik
- Außenwirtschaft
- Recht und Steuern
- Innovation und Umwelt
- Existenzgründungen
- Handel und Dienstleistungen



Industrie- und Handelskammer
zu Schwerin

Industrie- und Handelskammer zu Schwerin

Ludwig-Bölkow-Haus
Graf-Schack-Allee 12, 19053 Schwerin
Telefon 0385 5103-0, Telefax 0385 5103-999
info@schwerin.ihk.de

www.ihkzuschwerin.de